

Über den „Verein zur Förderung der Interkulturellen Arbeit in Rheinland-Pfalz e.V.“

Der „Verein zur Förderung der Interkulturellen Arbeit in Rheinland-Pfalz e.V.“ ist selbstlos tätig und verfolgt mit seinen Aktivitäten keine Gewinnerzielungsabsicht. Im Berichtszeitraum dienten alle erzielten Einnahmen und alle Ausgaben des Vereins der Verwirklichung seiner Vereinsziele durch die Unterstützung der nachfolgend beschriebenen Aktivitäten des Initiativausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz.

*Der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz setzt sich ein für die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der in Rheinland-Pfalz lebenden Migrant*innen und Menschen mit Migrationsgeschichte sowie für das solidarische Zusammenleben von Angehörigen der einheimischen Mehrheitsgesellschaft und eingewanderten Minderheiten.*

*Der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz ist ein landesweites Netzwerk der Migrationsarbeit. Er setzt sich aus Mitarbeiter*innen von Wohlfahrtsverbänden, kommunalen Integrationsbeauftragten sowie Mitgliedern der direkt gewählten Beiräte für Migration und Integration sowie aus Personen zusammen, die im Handlungsfeld „Antirassismus, Asyl, Integration und Migration“ haupt- oder ehrenamtlich auf Landesebene oder auf kommunaler Ebene in Vereinen, Projekten oder Initiativen engagiert sind. Durch eine Vielzahl von Vernetzungs- und Informationsangeboten organisiert der Initiativausschuss den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen potentiell allen Akteur*innen der Migrationsarbeit in Rheinland-Pfalz.*

*Über seine Vernetzungsarbeit hinaus erarbeitet und vertritt der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz Positionspapiere und Stellungnahmen zu relevanten migrationspolitischen Themen, bietet er Fort- und Weiterbildungen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen und zu sonstigen Fragestellungen der interkulturellen Arbeit an, berät er Multiplikator*innen und Betroffene in aufenthalts-, asyl- und einbürgerungsrechtlichen Fragen, leistet er Öffentlichkeits- und Informationsarbeit u.a. durch Pressemitteilungen, öffentliche Informationsveranstaltungen und -broschüren und arbeitet er auf kommunaler sowie landes- und bundesweiter Ebene in Gremien mit.*

1

Ausgangslage und Entwicklungen im Jahr 2024

In seinem Anfang 2024 erarbeiteten Schwerpunktepapier hatte der Initiativausschuss die Kommunal- und Europawahlen am 9. Juni 2024 sowie die Wahl der kommunalen Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz im November 2024 als wichtige Meilensteine seiner Arbeit im Jahr 2024 benannt.

Als Herausforderung für seine Arbeit im Jahr 2024 eingestuft hatte er zudem die Vielzahl von (geplanten) Rechtsänderungen auf der Ebene des Landes, des Bundes und der Europäischen Union und die Auswirkungen dieser Änderungen auf die Lebenssituation und Beratungsbedarfe von Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte in Rheinland-Pfalz sowie auf Mitarbeitende der kommunalen Behörden und Landesbehörden, die mit der Umsetzung der rechtlichen Veränderungen betraut sind.

Er hatte in dem Schwerpunktpapier mit Blick auf seine Arbeit darüber hinaus auch die großen Herausforderungen benannt, die aus der zunehmenden Demokratiegefährdung durch gruppenbezogen menschenfeindliche Parteien und Bewegungen resultieren, die dem Gedanken der Gleichberechtigung und Solidarität ein völkisch und nationalistisch geprägtes Welt- und Menschenbild entgegenstellen. Dass diese Gruppierungen im politischen und im gesellschaftlichen Raum gleichzeitig vermehrt Zustimmung und entschiedeneren Widerspruch erfahren, begünstigt - mit allen negativen Folgen - die Spaltungstendenzen und die Radikalisierung von Diskursen in Politik und Gesellschaft.

Alle diese Annahmen haben sich aus der Sicht des Initiativausschusses im Laufe des Jahres 2024 als richtig erwiesen. Zugleich haben Anfang des Jahres 2024 noch nicht absehbare und daher in dem Schwerpunktpapier 2024 deshalb nicht abgebildete Entwicklungen und Ereignisse die Arbeit des Initiativausschusses im Berichtsjahr beeinflusst.

Als solche, zum Anfang des Jahres 2024 noch nicht (vollumfänglich) absehbare, Entwicklungen beispielhaft genannt seien

- die breite politische und gesellschaftliche Debatte über die innere Sicherheit in der Folge der Gewaltakte u.a. von Mannheim, Solingen, München und Magdeburg, die von Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsbiografie begangen und vielfach ohne Beachtung weiterer Tathintergründe ausschließlich auf diesen Umstand zurückgeführt wurden;
- das vorzeitige „Aus“ der Bundesregierung im Herbst 2024 und die daraus resultierende Ansetzung und Durchführung von Neuwahlen im Februar 2025.

Aktivitäten des Initiativausschusses im Berichtsjahr 2024

Die vorangehend mit Bezug auf das Schwerpunktpapier 2024 geschilderte politische und gesellschaftliche Ausgangslage im Zusammenhang mit dem Handlungsfeld des Initiativausschusses zum Anfang des Jahres 2024 sowie die vorangehend ergänzend beschriebenen diesbezüglichen Entwicklungen innerhalb des Berichtsjahres haben im Jahr 2024 zu den nachfolgend ausführlich beschriebenen Aktivitäten und Maßnahmen des Initiativausschusses geführt.

Rechtliche Beratung und Qualifizierung von haupt- und ehrenamtlichen Berater*innen und Unterstützer*innen von Betroffenen in der Asyl-, Migrations- und Integrationsarbeit

Eine Vielzahl von Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen der Einreise, des Aufenthalts und der Aufenthaltsbeendigung von Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte, die bereits im Jahr 2023 in Kraft getreten sind - beispielhaft genannt seien das „Gesetz zur Beschleunigung der Asyl(Gerichts)verfahren“ oder die umfassende Reform der gesetzlichen Regelungen zur Fachkräfteeinwanderung, haben im Laufe des Berichtsjahres 2024 Wirkung entfaltet und bei hauptamtlichen Berater*innen und ehrenamtlichen Begleiter*innen von Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsbiografie in Rheinland-Pfalz zu einem erheblichen Beratungs- und Qualifizierungsbedarf geführt.

Dieser Bedarf ist durch weitere gesetzgeberische Maßnahmen im Berichtsjahr 2024, z.B.

- das sogenannte „Rückführungsverbesserungsgesetz“ vom 27. Februar 2024;
- die Verlängerung u.a. der Ukraine-Aufenthaltsurlaubnis-Fortgeltungsverordnung in modifizierter Form bis zum 4. März 2026;
- die rechtliche Verankerung der Bezahlkarte für Geflüchtete im Asylbewerberleistungsgesetz am 16. Mai 2024;
- das „Staatsangehörigkeitsmodernisierungsgesetz“ vom 27. Juni 2024;
- das „Gesetz zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems“ vom 31. Oktober 2024.

noch weiter angewachsen. Der Initiativausschuss war folglich im Berichtsjahr 2024 mit einer Vielzahl von Anfragen und Bedarfsmeldungen von Migrationsfachdiensten und Asylberatungsstellen der Wohlfahrtsverbände sowie von weiteren Beratungs- und Unterstützungsstrukturen wie z.B. kommunalen Beiräten für Migration/Integration und ehrenamtlich aktiven Personen und Initiativen konfrontiert. Die Durchführung von entsprechenden Qualifizierungsmaßnahmen sowie die Wahrnehmung einer „Back-Office-Funktion“ für diesen Strukturen und Personen waren deshalb auch im Berichtsjahr 2024 zentrale Handlungsfelder des Initiativausschusses.

Eigene Veranstaltungen und Veranstaltungen Dritter

Die rechtspolitische Referentin des Initiativausschusses, Frau Ass. jur. Ann-Christin Bölter, MLE, LL.M., hat im Jahr 2024 - im Einzelfall bei Veranstaltungen des Initiativausschusses und in der Regel bei Veranstaltungen, die von Dritten für ihre Mitarbeitenden/Mitglieder organisiert wurden - daher die folgenden Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen (mit einer Dauer zwischen zwei und sechs Stunden) durchgeführt:

- Donnerstag, 1. Februar 2024, (dreistündig) in Ludwigshafen:
Seminar „Auffrischungsinformationen zum Thema Demokratie, Justiz, Aufenthaltsrecht, Asyl, Ukraine“ im Rahmen der Weiterbildungsangebote für SprachmittlerInnen des kommunalen Projekts „BrückenbauerInnen“;
- Montag, 5. Februar 2024, (dreistündig) in Mainz:
In-House-Schulung „Staatsangehörigkeitsrecht und Einbürgerungspraxis in Rheinland-Pfalz“ für die Mitarbeitenden des Projekts „Pass(t) genau!“ in Rheinland-Pfalz;
- Donnerstag, 22. Februar 2024, (sechsstündig) in Mainz:
Fortbildung „Reform der Fachkräfteeinwanderung“ – eine Veranstaltung des Initiativausschusses;
- Freitag, 22. März 2024, (vierstündig) in Mainz:
Fortbildung zu den „Grundlagen des Asylrechts“ für Mitarbeitende der stationären Familienhilfe bei den Malteser Werken gGmbH Ingelheim;
- Dienstag, 9. April 2024, (dreistündig) in Mainz:
Anpassungslehrgang zum „Ausländer- und Flüchtlingsrecht“ für das Sozialpädagogische Fortbildungszentrum Rheinland-Pfalz;

- Donnerstag, 18. April 2024, (sechsstündig) in Mainz:
Fortbildung zu den „Grundlagen des Asylrechts“ für Mitarbeitende der ambulanten Familienhilfe bei den Malteser Werken gGmbH Ingelheim;
- Montag, 22. April 2024, (zweistündig) in Mainz:
Übersichtsvortrag „Aktuelle gesetzlichen Verschärfungen des Asylrechts“ für Mitglieder/Aktivist*innen von MediNetz Mainz;
- Mittwoch, 8. Mai 2024, (dreistündig) - online:
Schulung zur „Reform der Fachkräfteeinwanderung“ für Mitarbeitende der Stadtverwaltung und Kooperationspartner*innen des städtischen Zuwanderungs- und Integrationsbüro (ZIB) in Saarbrücken;
- Mittwoch, 22. Mai 2024, (sechsstündig) in Frankfurt am Main:
Schulungsveranstaltung zur „Reform der Fachkräfteeinwanderung“ für Mitarbeitende/Beratende in Einrichtungen der Diakonie Hessen;
- Donnerstag, 6. Juni 2024, (dreistündig) - online:
Schulung „Staatsangehörigkeitsrecht und Einbürgerungspraxis in Rheinland-Pfalz“ für ehrenamtliche Einbürgerungslots*innen im Rahmen des Projekts „Pass(t) genau!“ in Rheinland-Pfalz;
- Mittwoch, 26. Juni 2024, (fünfstündig) in Bitburg:
Fortbildung zu „Aktuellen Gesetzesänderungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht“ für Mitglieder des kommunalen Beirates für Migration und Integration im Eifelkreis Bitburg-Prüm, Mitarbeitende von Beratungsstellen sowie der kommunalen Ausländerbehörde;
- Dienstag, 27. August 2024, (sechsstündig) in Saarbrücken:
Schulungsveranstaltung zur „Reform der Fachkräfteeinwanderung“ für Mitarbeitende/Beratende in Einrichtungen der Mitgliedsorganisationen der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege des Saarlandes;
- Montag, 7. Oktober 2024 (2024, (dreistündig) - online:
Schulung „Staatsangehörigkeitsrecht und Einbürgerungspraxis in Rheinland-Pfalz“ für ehrenamtliche Einbürgerungslots*innen im Rahmen des Projekts „Pass(t) genau!“ in Rheinland-Pfalz;
- Dienstag, 29. Oktober 2024, (dreistündig) in Mainz:
Rechtlicher Input zum Thema „Aktuelle Entwicklungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht“ im Rahmen des LIGA Rheinland-Pfalz-Fachtags der landesgeförderten Migrationsfachdienste;
- Dienstag, 3. Dezember 2024, (dreistündig) in Mainz:
Anpassungslehrgang zum „Ausländer- und Flüchtlingsrecht“ für das Sozialpädagogische Fortbildungszentrum Rheinland-Pfalz;
- Donnerstag, 5. Dezember 2024, (dreistündig) in Speyer:
Vortrag zum Thema „Sozialleistungen für Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiographie“ für Mitglieder des „Arbeitskreis Migration“ der Diakonie der Pfalz und Mitarbeitende/Beratende in deren Einrichtungen.

Zu jeder der Veranstaltungen wurde seitens der rechtspolitischen Referentin des Initiativausschusses ein ausführliches Handout erarbeitet und den Teilnehmenden zur Verfügung gestellt.

Juristische Anleitung der Asylverfahrensberatung in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes Rheinland-Pfalz

Wie schon im Jahr 2023 hat der Initiativausschuss auch im Jahr 2024 im Auftrag der Diakonie Deutschland sowie der Caritasverbände Speyer, Trier und Westeifel die fachliche Begleitung der bundesgeförderten Asylverfahrensberatung in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes Rheinland-Pfalz übernommen und hat die rechtspolitische Referentin des Initiativausschusses, Frau Ass. Jur. Ann-Christin Bölter, MLE, LL.M., in diesem Rahmen die folgenden Schulungs-, Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für hauptamtlich beratende Mitarbeiter*innen der genannten Einrichtungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen durchgeführt:

- Dienstag, 5. März 2024, (dreistündig) - online:
Fachaustausch Asylverfahrensberatung zum Thema „*Asylbewerberleistungsgesetz – Wer – wieviel – wann gekürzt – wie berechnen?*“;
- Donnerstag, 11. April 2024, (ganztägig) in Trier:
Ganztägige Teilnahme als Gesprächspartnerin/Expertin am Fachtag der Asylverfahrensberatungsstellen in Rheinland-Pfalz und Impulsreferat zum Thema „*Aktuelle Gesetzesänderungen im Asylrecht*“;
- Dienstag, 16. April 2024, (dreistündig) - online:
Fachaustausch Asylverfahrensberatung zum Thema: „*Asylverfahren als Verwaltungsverfahren und Rechtsbehelfe im Asylverfahren*“;
- Dienstag, 18. Juni 2024, (dreistündig) - online:
Fachaustausch Asylverfahrensberatung zum Thema: „*Bleibereichtsperspektiven nach der Ablehnung eines Asylantrages*“;
- Donnerstag, 12. September 2024, (dreistündig) - online:
Fachaustausch Asylverfahrensberatung zum Thema: „*Auswirkungen von Straftaten auf Asylverfahren und die Abschiebepaxis*“;
- Donnerstag, 10. Oktober 2024, (ganztägig) in Mainz:
Ganztägige Teilnahme als Gesprächspartnerin/Expertin am Fachtag der Asylverfahrensberatungsstellen in Rheinland-Pfalz, Impulsreferat zum Thema „*Aktuelle Gesetzesentwicklungen im Asylrecht*“ sowie Auswertung der juristischen Anleitung der bundesgeförderten Asylverfahrensberatung in Rheinland-Pfalz 2024 und Ausblick auf die angestrebte Fortsetzung der Kooperation im Jahr 2025.

„Back-Office-Funktion“ für Berater*innen und Unterstützer*innen von Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiografie

Die „*Back-Office-Funktion*“ des Initiativausschusses wurde im Berichtszeitraum 2024 immer dann in Anspruch genommen, wenn für rheinland-pfälzische Akteur*innen, die Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsbiografie haupt- oder ehrenamtlich beraten und begleiten, bei der rechtlichen Bewertung einer asyl-, aufenthalts- oder sozialrechtlichen Situation bzw. bei

Fragen zur Einbürgerung auf kompetente Unterstützung angewiesen waren oder Rückfragen zu ausländerbehördlichen oder leistungsbehördlichen Entscheidungen hatten.

Im Berichtszeitraum hat der Initiativausschuss telefonisch, per Mail oder im direkten Gespräch im Jahr 2024 ca. 800 solcher Beratungen durchgeführt. Der Umfang einer solchen Beratung war auch im Berichtszeitraum 2024 sehr unterschiedlich. Einzelne Anfragen konnten durch ein kurzes Telefonat oder eine kurze Mail geklärt werden, andere verursachten einen erheblichen Recherche- und Klärungsbedarf sowie mehrfache Rücksprache mit der anfragenden Person und Rücksprachen mit Dritten (z.B. zuständigen Behörden).

Für den Initiativausschuss bieten insbesondere Anfragen zur behördlichen Anwendungspraxis des Asyl-, Aufenthalts-, Asylbewerberleistungs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes über den Einzelfall hinaus gute Gelegenheiten, verbreitete Unklarheiten und Unsicherheiten bei Behörden zu identifizieren, die integrationsfördernden Ermessensentscheidungen zu niemandes Vorteil und zum Nachteil der Betroffenen im Wege stehen und durch erläuternde, klarstellende oder ermessensleitende Hinweise des jeweils zuständigen Ressorts der Landesregierung - in den meisten Fällen des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration, im Einzelfall aber auch des Ministerium des Innern - aus dem Weg geräumt werden könnten. Sie sind deshalb wichtige Informationsquellen, aus denen der Initiativausschuss entsprechende Empfehlungen und Anregungen entwickelt und in den regelmäßigen Austauschgesprächen oder zeitnah durch telefonische oder schriftliche Kontaktaufnahme mit der zuständigen Abteilung bzw. dem zuständigen Referat an das zuständige Ressort heranträgt.

Teilnahme der Mitarbeitenden des Initiativausschusses an Fortbildungsmaßnahmen zur Weiterentwicklung der eigenen Beratungskompetenzen

Die Mitarbeitenden des Initiativausschusses, insbesondere seine rechtspolitische Referentin, haben im Berichtsjahr regelmäßig an kostenfreien Online-Fortbildungsangeboten von Flüchtlingsräten der Länder oder anderen zivilgesellschaftlichen Einrichtungen zu einzelnen Aspekten des Asylrechts, des Aufenthaltsrechtes, des Leistungsrechtes für Geflüchtete oder des Staatsangehörigkeitsrechtes teilgenommen, um die eigene Beratungs- bzw. Handlungskompetenz weiter zu erhöhen. Darüber hinaus:

- haben die rechtspolitische Referentin und der Geschäftsführer des Initiativausschusses kostenpflichtig an den „*Ebernburger Gesprächen*“, der jährlichen asyl- und migrationspolitischen Fachtagung des Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), der Arbeitsgemeinschaft der Diakonie in RLP und der Diakonie Saar teilgenommen, die am 02. und 03. September 2024 in Bad Münster am Stein stattgefunden hat;
- hat die rechtspolitische Referentin des Initiativausschusses vom 10. bis zum 12. Mai kostenpflichtig an den „*Hohenheimer Tagen zum Migrationsrecht*“, einer jährlichen bundesweiten Fachtagung der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart in Zusammenarbeit mit der Diakone Deutschland und dem Deutschen Caritasverband teilgenommen.

Europawahlen und Kommunalwahlen am 9. Juni 2024 in Rheinland-Pfalz

Der Wahlkampf zu den Kommunal- und Europawahlen am 9. Juni 2024 in Rheinland-Pfalz fand statt vor dem Hintergrund einer stark polarisierten Debatte um die Fortsetzung, Reduzierung oder Beendigung der Aufnahme von Geflüchteten in der Europäischen Union einerseits und den Herausforderungen der Aufnahme und Integration geflüchteter und schutzsuchender Menschen in rheinland-pfälzischen Kommunen andererseits. Das Zusammenfallen der beiden Wahltermine erleichterte es flüchtlingsfeindlichen politischen Akteur*innen, die „Asyldebatte“ zu einem, wenn nicht zu dem zentralen Wahlkampfthema werden zu lassen und hier-von zu profitieren. Der beabsichtigte Ausbau des europäischen Grenzregimes wurde im Wahlkampf von nahezu allen demokratischen sowie von mindestens in Teilen gesichert rechtsextremistischen Parteien insbesondere durch den Verweis auf die beschränkte und angeblich bereits überlastete Aufnahmestruktur in den Kommunen gerechtfertigt. Die eigentlichen Gründe für die unbestreitbare derzeitige Mangellage vor Ort (zu wenig bezahlbarer Wohnraum, schlecht aufgestellte und teilweise nicht mehr arbeitsfähige Behörden, Mängel im Bildungssystem und Defizite in der Gesundheitsversorgung) blieben demgegenüber weitgehend ausgeblendet: Statt jahrzehntelange Versäumnisse in der staatlichen Daseinsvorsorge zu thematisieren, wurden - wohlgerne in einem aus demografischen und ökonomischen Gründen dringend auf Einwanderung angewiesenen Land - flüchtlingsfeindliche Positionen bezogen und durch die falsche Erzählung bestärkt, nach der schutzsuchende Menschen für die derzeitige Mangellage verantwortlich sind, obwohl sie hierunter ebenso zu leiden haben wie andere sozial benachteiligte Personengruppen.

Der Initiativausschuss hatte diese Entwicklung des Wahlkampfes schon Ende 2023 in einem Diskussionspapier vorhergesehen und gemeinsam mit seinen zivilgesellschaftlichen Bündnispartner*innen darüber beraten, wie ihr - im Rahmen der Möglichkeiten aller Beteiligten - mit folgenden Zielen entgegengetreten werden könnte:

- De-Radikalisierung und Versachlichung der „Asyldebatte“ im Wahlkampf durch die Bereitstellung und Verbreitung von Informationen, Daten und Fakten zur fortgesetzten Notwendigkeit der Aufnahme und Integration geflüchteter und schutzsuchender Menschen in den rheinland-pfälzischen Kommunen sowie zu den hiermit verbundenen Herausforderungen und Chancen;
- Stärkung, Ermutigung und Qualifizierung von Rheinland-Pfälzer*innen, die flüchtlingsfeindlichen Positionen, Parolen und Parteien im Wahlkampf widersprechen und etwas entgegensetzen wollen;
- Mobilisierung der wahlberechtigten demokratischen Kräfte in Rheinland-Pfalz zur Beteiligung an den Europa- und Kommunalwahlen am 9. Juni 2024.

Realisiert wurden im Berichtszeitraum im Zusammenhang mit dem Wahlkampf und den Wahlen zum Europäischen Parlament und den kommunalen Parlamenten in Rheinland-Pfalz die folgenden Maßnahmen:

- Auf Initiative und Antrag u.a. des Initiativausschusses verabschiedete und veröffentlichte der rheinland-pfälzische Landesbeirat für Migration und Integration (LBMI) am 23. Mai 2024 unter der Überschrift „Demokratie braucht jede Stimme!“ einen Aufruf zur

Beteiligung an den Kommunal- und Europawahlen am 9. Juni 2024. Der dem Aufruf zugrunde liegende Textentwurf wurde im Rahmen einer vom LBMI eingesetzten Arbeitsgruppe federführend vom Initiativausschuss erarbeitet;

- Gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat RLP e.V. und der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (AGARP) hat der Initiativausschuss im Mai 2024 eine Handreichung zum Thema *„Integration findet vor Ort statt! - Für eine solidarische Migrations-, Asyl und Integrationspolitik“* veröffentlicht. Sie informiert über die Handlungsspielräume von Städten, Gemeinden und Landkreisen bei der Aufnahme und Integration von Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsbiografie, trägt praktische Ideen zusammen, wie Bürger*innen sich vor Ort für eine solidarische Politik in ihrer Kommune einsetzen können und ruft dazu auf, im Wahlkampf das Gespräch mit Kandidat*innen zu suchen und sie zu fragen, ob und wie Sie von den kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten im Falle ihrer (Wieder-)Wahl Gebrauch machen möchten;
- Ebenfalls gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat RLP hat der Initiativausschuss Anfang Mai 2024 mit Blick auf dem Wahlkampf zu den Europa- und Kommunalwahlen unter der Überschrift *„Fakten statt Fake-News!“* insgesamt fünf kurze Faktenpapiere zur *„Asyldebatte“* veröffentlicht. Sie informierten über Handlungsmöglichkeiten der Politik gegen den Mangel an bezahlbarem Wohnraum, über den künftigen Einwanderungsbedarf, über die Aufnahme- und Anerkennungszahlen von Schutzsuchenden sowie über den Stand der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten in Deutschland und in Rheinland-Pfalz. Das Faktenpapier zum Mangel an bezahlbarem Wohnraum wurde vom Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung (ZGV) der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) mit herausgegeben. *„Mit unserer Reihe ‚Fakten statt Fake-News!‘ geben wir denen gute Argumente an die Hand, die es nicht ohne Widerspruch hinnehmen wollen, wenn Parteien und Politiker*innen auf dem Rücken von Migrant*innen und Flüchtlingen Stimmung machen, um Wähler*innenstimmen zu gewinnen“*, schreiben der Flüchtlingsrat RLP e.V. und der Initiativausschuss in ihrer die Veröffentlichungen begleitenden Pressemitteilung vom 2. Mai 2024.

Die zuvor beschriebenen Maßnahmen und Veröffentlichungen wurden bei Plenumstreffen des Initiativausschusses (*siehe Berichtspunkt „Vernetzungsarbeit des Initiativausschusses“*) sowie bei insgesamt drei Treffen zivilgesellschaftlicher Akteur*innen aus Rheinland-Pfalz vorgestellt und beraten, die vom Initiativausschuss initiiert und von ihm gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat RLP e.V. durchgeführt wurden (*siehe hierzu den Berichtspunkt „Schaffung von ‚Denkräumen‘ für den zivilgesellschaftlichen Austausch und die kritische Reflektion aktueller politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen“*).

- Im Rahmen eines *„Sonderplenums“* des Initiativausschusses am 4. Juni 2024 stand der Beauftragte der Landesregierung für Migration und Integration den Teilnehmer*innen für einen Austausch zum aktuellen Stand der Integration und dem aktuellen Stimmungsbild in den rheinland-pfälzischen Kommunen sowie zu den künftigen Herausforderungen auf kommunaler Ebene zur Verfügung (*siehe hierzu den Berichtspunkt „Gesellschaftliche Vielfalt sichtbar und als Bereicherung erfahrbar machen“*);

- Gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat RLP e.V., dem Hessischen Flüchtlingsrat, der Diakonie Hessen, der PARITÄT Hessen sowie der Stiftung gegen Rassismus und PRO ASYL veröffentlichte der Initiativausschuss anlässlich des 75. Geburtstag und des Tags des Grundgesetzes am 23. Mai 2024 einen „*Aufruf zum Schutz von Menschenwürde und Asylrecht*“ (siehe hierzu den Berichtspunkt *„Demokratiestärkung und Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz gegen Demokratiegefährdung“*), der mit einem Appell an alle wahlberechtigten Personen verbunden war, sich am 9. Juni 2024 an der Europawahl zu beteiligen und dabei Grund- und Menschenrechte zu stärken.

Wahlen zu den kommunalen Beiräten für Migration und Integration (BMI) in Rheinland-Pfalz am 10. November 2024

Am 10. November 2024 wurden in Rheinland-Pfalz die kommunalen Beiräte für Migration und Integration (BMI) gewählt, die in der rheinland-pfälzischen Gemeindeordnung (§ 56) bzw. Landkreisordnung (§49a) verankert sind und alle fünf Jahre neu gewählt werden. Die Koordination der „*Beiratswahlen*“, die in 51 rheinland-pfälzischen Landkreisen, kreisfreien Städten, weiteren Städten und (Verbands-)Gemeinden stattfanden, oblag wie auch in der Vergangenheit der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (AGARP). Kommunale Beiräte für Migration und Integration leisten vor Ort wichtige Beiträge für ein gleichberechtigtes und solidarisches Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte: Sie

- bieten Menschen mit Migrationsgeschichte eine Plattform, um ihre Sichtweisen, Anliegen und Vorschläge in die öffentliche Debatte und in die kommunalen Entscheidungsprozesse einzubringen. In diesem Sinne fungieren sie als Botschafter*innen;
- stellen Politik und Verwaltung im Handlungsfeld der kommunalen Migrations- und Integrationspolitik ihre Expertise zur Verfügung. In diesem Sinne fungieren sie als Berater*innen der Entscheider*innen;
- tragen durch Informations- und Begegnungsarbeit zu Verständnis und Akzeptanz zwischen Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte bei. In diesem Sinne fungieren sie als Brückenbauer*innen.

Insbesondere für Rheinland-Pfälzer*innen, die wegen ihrer Staatsangehörigkeit vom kommunalen Wahlrecht ausgeschlossen sind, stellen sie zudem ein wichtiges Erfahrungsfeld für die Selbstwirksamkeit und Gestaltungsfähigkeit in einer demokratischen Gesellschaft dar.

Der Initiativausschuss hat die Vorbereitung und Durchführung der „*Beiratswahlen 2024*“ durch die folgenden Maßnahmen unterstützt und begleitet:

- Veröffentlichung eines umfassenden „*Plädoyer für kommunale Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz*“. Das Papier legt dar, wie die „*Beiräte*“ zu Stande kommen, welche Rechte sie haben, was sie leisten können, wofür sie kein Ersatz sein können, welcher Kritik sie ausgesetzt sind, was sie in der Vergangenheit alles erreicht haben und warum sie wichtig sind und wichtig bleiben werden. Es wurde im Vorfeld der Beiratswahlen über den E-Mai-Verteiler des Initiativausschusses sowie - über die

Landeszentrale für politische Bildung in Rheinland-Pfalz - an alle „Schulen ohne Rassismus – Schule mit Courage“ im Bundesland versendet.

- Aufruf zur Beteiligung an den/Mobilisierung für die „Beiratswahlen 2024“ durch eine Pressemitteilung am 6. November 2024 sowie durch die Mitarbeit an einem/Unterstützung eines Aufrufs des rheinland-pfälzischen Landesbeirats für Migration und Integration zur „Wahl der neuen Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz“.
- Regelmäßige Weiterleitung der Newsletter und sonstigen Informationen der AGARP zu den „Beiratswahlen 2024“ über seinen E-Mail-Verteiler.
- Aktive Mitarbeit in der beim Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI) eingerichteten Steuerungsgruppe „Wahlen zu den kommunalen Beiräten für Migration und Integration“, dem neben dem MFFKI auch das rheinland-pfälzische Innenministerium, das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz, die Kommunalen Spitzenverbände des Landes sowie seitens der Zivilgesellschaft die AGARP und der Initiativ Ausschuss angehören. Das Gremium steuert und begleitet die Vorbereitung der Beiratswahlen und greift dabei auch auf die Erfahrungen vorangegangener Wahlen zurück. Im Berichtszeitraum fanden am 23. Januar 2024, am 15. Mai 2024 und am 7. Oktober 2024 insgesamt drei Sitzungen der Steuerungsgruppe statt, an denen der Initiativ Ausschuss teilgenommen und aktiv mitgewirkt hat.

Vorbereitung auf die vorgezogene Bundestagswahl am 23. Februar 2025

Nach langwierigen koalitionsinternen Diskrepanzen insbesondere im Hinblick auf die Aufstellung eines Bundeshaushaltes für das Jahr 2025, aber auch im Hinblick auf die Ausgestaltung der weiteren Asyl- und Migrationspolitik scheiterte im November die „Ampelregierung“ auf Bundesebene. Seitdem war absehbar, dass es zu Beginn des Jahres 2025 - die Wahlen fanden schließlich am 23. Februar 2025 statt - vorgezogene Wahlen zum Deutschen Bundestag geben, denen ein kurzer, aber harter Wahlkampf vorausgehen würde. Absehbar war auch, dass asyl- und migrationspolitische Fragen im Wahlkampf eine wesentliche Rolle spielen und mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit insbesondere von extremistischen, aber auch von demokratischen Parteien in (weiten) Teilen unsachlich und auf dem „Rücken von Migrant*innen und Flüchtlingen“ erörtert werden würden.

Der Initiativ Ausschuss hat sich deshalb an einem kurzfristig eingerichteten Arbeitskreis „Zusammenhalten“ beteiligt, in dem neben ihm die Stiftung gegen Rassismus, die Diakonie Hessen, PRO ASYL, freie Journalist*innen und Medienagenturen gemeinsam im Berichtsjahr am 25. November 2024 und am 16. Dezember 2024 zusammengekommen sind. Im Rahmen der beiden Treffen wurde ein Konzept für Informationsmaterialien und Aktivitäten im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 2025 erarbeitet, das auf eine Versachlichung der zu erwartenden „Asyl- und Migrationsdebatte“ und darauf abzielen sollte, die positiven ökonomischen, demografischen, kulturellen und demokratischen Aspekte sowohl der Aufnahme von Schutzsuchenden als auch der Einwanderung (aus Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wie aus Drittstaaten) deutlich zu machen.

Das Konzept wurde im Januar 2025 mit zwei Kampagnen - „*#Menschlichkeit.Ganz.leicht.erklärt*“ (online) und „*Nur mit Migration läuft der Laden*“ (online und „*print-on-demand*“) - sowie dem Aufruf „*Wir wählen Menschenwürde - Nein zu Rassismus!*“ realisiert.

Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes und Einbürgerungspraxis in Rheinland-Pfalz

Nach kontroversen Debatten beschlossen Bundestag (20. Januar) und Bundesrat (2. Februar) Anfang des Jahres 2024 eine „*Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes*“, die zum 27. Juni 2024 schließlich in Kraft trat. Während die für die Einbürgerung erforderlichen Voraufenthaltszeiten teilweise erheblich abgesenkt wurden, wurden die Anforderungen an andere Einbürgerungsvoraussetzungen erhöht. Dies gilt insbesondere für die Unabhängigkeit von Sozialleistungen. Gleichzeitig wurden die Entstehung von Mehrfachstaatsangehörigkeiten durch die Einbürgerung grundsätzlich zugelassen, die Optionspflicht für Kinder ausländischer Eltern gänzlich abgeschafft und einigen älteren und schon lange in Deutschland lebenden Migrant*innen Einbürgerungserleichterungen z.B. beim Nachweis von Deutschkenntnissen zugestanden.

Im Berichtszeitraum erwuchs unter haupt- und ehrenamtlichen Berater*innen und Multiplikator*innen in der Integrationsarbeit aufgrund der Reform erheblicher rechtlicher Fortbildungs- und Qualifizierungsbedarf, dem der Initiativausschuss durch entsprechende Angebote (siehe hierzu den Berichtspunkt „*Rechtliche Beratung und Qualifizierung von haupt- und ehrenamtlichen Berater*innen und Unterstützer*innen von Betroffenen in der Asyl-, Migrations- und Integrationsarbeit*“) gerecht wurde.

Fragen im Zusammenhang mit den veränderten (rechtlichen) Rahmenbedingungen sowie der bisherigen und vermutlich künftigen Einbürgerungspraxis in Rheinland-Pfalz sowie Fragen im Zusammenhang mit den politischen Beteiligungsrechten von Menschen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit wurden im Berichtszeitraum zudem auch gesellschaftlich breit und kontrovers diskutiert.

Der Initiativausschuss hat sich an dieser Debatte im Berichtszeitraum durch die folgenden Maßnahmen aktiv beteiligt:

- Impulsreferat zum Thema „*Einbürgerung und politische Teilhabe von Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte – Wo stehen wir und wo müssen wir hin?*“ beim Frühjahrsempfang des kommunalen Beirats für Migration und Integration im Landkreis Mayen-Koblenz am 30. April 2024. In dem Impulsreferat wurden u.a. die aktuelle Einbürgerungspraxis (wie viele Einbürgerungen, welche Herkunftsländer, welche Voraufenthaltszeiten, welche Soziostruktur, welche Verfahrensdauern bis zur Einbürgerung ...) im Landkreis Mayen-Koblenz und die diesbezüglichen Veränderungen im Vergleich zu den Vorjahren dargestellt und eingeordnet.
- Vortrag im Rahmen der Interkulturellen Woche 2024 zum Thema „*Einbürgerung und politische Teilhabe von Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte – Wo stehen wir und wo müssen wir hin?*“ auf Einladung des kommunalen Beirats für Migration und Integration in der Stadt Koblenz am 26. September 2024. In dem Vortrag wurden u.a. die aktuelle Einbürgerungspraxis (wie viele Einbürgerungen, welche Herkunftsländer, welche Voraufenthaltszeiten, welche Soziostruktur, welche Verfahrensdauern bis zur

Einbürgerung ...) in der kreisfreien Stadt Koblenz und die diesbezüglichen Veränderungen im Vergleich zu den Vorjahren dargestellt und eingeordnet.

- Erarbeitung und Veröffentlichung eines „*Fact-Sheet: Einbürgerung in Rheinland-Pfalz Aktuelle und vergleichende Zahlen zur Einbürgerungspraxis in Rheinland-Pfalz*“ im November 2024. Das umfangreiche Papier dokumentiert das Einbürgerungsgeschehen des Jahres 2023 in Rheinland-Pfalz (teilweise bis auf die Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte) und vergleicht es mit dem Einbürgerungsgeschehen der Jahre 2015 bis 2022. Das Fact-Sheet wurde über den E-Mail-Verteiler des Initiativausschusses verbreitet und auf seiner Homepage für den Download bereitgestellt.

Stellungnahmen und Positionspapiere des Initiativausschusses zu asyl- und migrationspolitischen Gesetzentwürfen und Maßnahmenvorhaben in Rheinland-Pfalz

Durch die Erarbeitung von Stellungnahmen und Positionspapieren zu asyl- und migrationspolitischen Gesetzentwürfen und Maßnahmenvorhaben in Rheinland-Pfalz ist der Initiativausschuss - bei Positionspapieren i.d.R. gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen - darum bemüht,

- berechnigte Belange von Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsbiografie sowie grundrechts- und menschenrechtsorientierte Positionen an den Gesetzgeber bzw. die Maßnahmen konzipierenden (zumeist staatlichen) Akteur*innen heranzutragen und
- die Auswirkungen von Gesetzgebungs- und Maßnahmenvorhaben sowohl auf die Betroffenen als auch auf diejenigen zu beleuchten, die sie z.B. vor Ort in den Behörden umzusetzen haben.

12

Gesetzesinitiativen auf Landesebene

Im Berichtszeitraum wurde der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz

- am 29. Januar 2024 von Seiten der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen um eine schriftliche und mündliche Stellungnahme zu einem Gesetzentwurf der Landtagsfraktion FREIE WÄHLER - „...tes Landesgesetz zur Änderung des *Landesaufnahmegesetzes*“ vom 8. Dezember 2023 (Landtagsdrucksache 18/8276) - für den Ausschuss für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des rheinland-pfälzischen Landtags gebeten. Der Gesetzentwurf sah im Wesentlichen vor, die Wohnpflicht von Asylsuchenden in Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes unter bestimmten Voraussetzungen von bisher längstens 18 auf 24 Monate auszuweiten. Der Gesetzentwurf hat im rheinland-pfälzischen Landtag keine Mehrheit gefunden und wurde abgelehnt.
- am 10. April 2024 durch das rheinland-pfälzische Justizministerium zum „*Entwurf eines Landesgesetzes zur Festlegung der von der Regelung des § 58 Abs. 9a Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes abweichenden Zuständigkeit der Verwaltungsgerichtsbarkeit für die Anordnung von Durchsuchungen zum Zwecke der Abschiebung*“ zu einer Stellungnahme aufgefordert. Der Gesetzentwurf der Landesregierung sah - abweichend von der Regelung des § 58 Abs. 9a Satz 1 AufenthG - im Wesentlichen vor, die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichtsbarkeit für richterliche Anordnungen von Durchsuchungen zum Zwecke der Durchführung der Abschiebung festzulegen und damit die bisherige

Zuständigkeit der Verwaltungsgerichtsbarkeit beizubehalten. Das Gesetz ist am 27. Juli 2024 in Kraft getreten.

- am 19. Juli 2024 durch das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration zum Referenten-Entwurf eines „*Landesgesetzes über den Vollzug von Abschiebungshaft (Abschiebungshaftvollzugsgesetz - AHaftVzG)*“ zu einer Stellungnahme aufgefordert. Ziel des Gesetzes ist es, den Vollzug der Abschiebungshaft in Rheinland-Pfalz und insbesondere die Rechte und Pflichten der Untergebrachten und den organisatorischen Ablauf in Abschiebungshafteinrichtungen zu regeln. Das parlamentarische Verfahren hat nach derzeitigen Kenntnissstand des Initiativausschusses noch nicht begonnen.

Der Initiativausschuss ist diesen Bitten/Aufforderungen gerecht geworden und hat im Berichtszeitraum die folgenden Stellungnahmen abgegeben:

- Stellungnahme des Initiativausschusses zu einem Gesetzentwurf der Landtagsfraktion FREIE WÄHLER „...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes“ vom 8. Dezember 2023 (Landtagsdrucksache 18/8276) zur Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des rheinland-pfälzischen Landtags am Dienstag, den 6. Februar 2024. Vorgelegt am 5. Februar 2024.
- Mündlicher Vortrag von Frau Ass. Jur. Ann-Christin Bölter, MLE, LL.M. (rechtspolitische Referentin beim Initiativausschuss für Migrationspolitik in RLP) bei der Landtagsanhörung zu einem Gesetzentwurf der Fraktion FREIE WÄHLER „...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes“ vom 8. Dezember 2023 (Landtagsdrucksache 18/8276) am 6. Februar 2024.
- Gemeinsame Stellungnahme des Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz, der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz und dem Flüchtlingsrat RLP e.V. vom 17. April 2024 zum „*Entwurf eines Landesgesetzes zur Festlegung der von der Regelung des § 58 Abs. 9a Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes abweichenden Zuständigkeit der Verwaltungsgerichtsbarkeit für die Anordnung von Durchsuchungen zum Zwecke der Abschiebung*“.
- Gemeinsame Stellungnahme der Evangelischen Kirchen und Diakonischen Werke Rheinland Pfalz, des Flüchtlingsrat RLP e.V., des Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland Pfalz sowie der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland Pfalz vom 6. September 2024 zum Referenten-Entwurf eines „*Landesgesetzes über den Vollzug von Abschiebungshaft in Rheinland Pfalz (Abschiebungshaftvollzugsgesetz AHaftVzG)*“.
- Begleitschreiben des Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz vom 6. September 2024 zur Gemeinsamen Stellungnahme der Evangelischen Kirchen und Diakonischen Werke Rheinland Pfalz, des Flüchtlingsrat RLP e.V., des Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland Pfalz sowie der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland Pfalz vom 6. September 2024 zum Referenten-Entwurf eines „*Landesgesetzes über den Vollzug von Abschiebungshaft in Rheinland Pfalz (Abschiebungshaftvollzugsgesetz AHaftVzG)*“.

Einführung der Bezahlkarte in Rheinland-Pfalz

Am 6. November 2023 vereinbarten die Ministerpräsident*innen der Länder und der Bundeskanzler bei einer gemeinsamen Konferenz die Einführung einer Bezahlkarte für Bezieher*innen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) und verbanden diese Vereinbarung mit drei Zielen:

- Verhinderung von Überweisungen ins Ausland insbesondere an Familienangehörige, Freunde oder Bekannte sowie Schleuser*innen;
- Minderung von vermeintlichen „Pull-Faktoren“ und in der Folge die Reduzierung von Fluchtmigration;
- Entlastung der Kommunen durch die Minimierung des Verwaltungsaufwands bei der Gewährung von AsylbLG-Leistungen.

Bundestag und Bundesrat hatten im Anschluss an die Vereinbarung die hierfür erforderlichen gesetzlichen Änderungen im AsylbLG auf den Weg gebracht und im 1. Quartal 2024 verabschiedet. Anfang des Jahres 2025 begann die rheinland-pfälzische Landesregierung mit der Ausgabe der Bezahlkarte an Bewohner*innen der Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes. Die 36 Landkreise und kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz können in kommunaler Selbstverwaltung darüber entscheiden, ob und in welchem Umfang sie eine Bezahlkarte für Geflüchtete einführen. Ihnen steht es frei, keine Bezahlkarten zu verwenden, das vom Land eingeführte Bezahlkartensystem zu nutzen oder ein eigenes System einzuführen. Der diesbezügliche Entscheidungsprozess dauert zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichtes noch an.

Der Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz ist der Überzeugung, dass die Einführung von Bezahlkarten keines der drei zuvor genannten Ziele erreichen wird und erwartet vielmehr negative Auswirkungen auf die gesellschaftliche Integration und Teilhabe von Geflüchteten sowie eine mit direkten und indirekten Kosten verbundene Steigerung des Beratungs-, Verwaltungs- und Koordinationsbedarfs sowohl für die Betroffenen als auch für Leistungsbehörden und Beratungsstrukturen. Er hat im Berichtszeitraum deshalb u.a.

- gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat RLP e.V. am 4. März 2024 einen Appell an Ministerpräsidentin Malu Dreyer gerichtet und sie darin gebeten, sich gegen gesetzliche Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes aussprechen, die darauf abzielen, auch sogenannte „Analogleistungsempfänger*innen“ in den Kreis derjenigen aufzunehmen, deren Leistungsansprüche künftig durch eine Bezahlkarte abgegolten werden sollen;
- gemeinsam mit der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz und dem Flüchtlingsrat RLP e.V. am 12. Juni 2024 ein umfangreiches Positionspapier „Geplante Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete in Rheinland-Pfalz“ veröffentlicht, in dem sie eine Reihe grundsätzlicher Probleme und Fragestellungen im Zusammenhang mit der Bezahlkarte aufwerfen, auf ungeklärte Fragen und zu erwartende Probleme im Hinblick auf ihren Einsatz vor Ort und auf den Datenschutz hinweisen, auf besondere Problemlagen für einzelne Personengruppen (z.B. Bedarfsgemeinschaften oder Bezieher*innen von Analogleistungen) aufmerksam machen und den absehbaren erheblichen Mehraufwand für Mitarbeitende in den Leistungsbehörden thematisieren. Das Positionspapier wurde u.a. den demokratischen Fraktionen im Landtag Rheinland-

Pfalz und dem MFFKI als zuständigem Ressort der Landesregierung zugeleitet und mit der dortigen Referatsleitung in mehreren Gesprächen erörtert;

- gemeinsam mit der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz und dem Flüchtlingsrat RLP e.V. am 14. Juni 2024 die Landrät*innen und Oberbürgermeister*innen aller Landkreise und kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz angeschrieben und sie dringend gebeten, auf die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete mit Blick auf die ungeklärten Fragen und Problemstellungen, mit Blick auf die Diskriminierungsgefahren für die Betroffenen und mit Blick auf das absehbare Mehr an direkten und indirekten Kosten für die Leistungsbehörden zu verzichten.

Sensibilisierungsangebote und Präventionsmaßnahmen des Initiativausschusses in der Arbeit gegen Rassismus

Rassismus als eine Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, die eigene Privilegien und die willkürliche Ungleichbehandlung von als „*anders*“ gelesenen Menschen durch abwertende Zuschreibungen zu legitimieren versucht, gefährdet das solidarische und gleichberechtigte Zusammenleben aller Menschen in Rheinland-Pfalz, für das der Initiativausschuss sich einsetzt. Die Arbeit gegen Rassismus durch Sensibilisierungsangebote und Präventionsmaßnahmen war deshalb auch im Jahr 2024 ein Handlungsschwerpunkt für den Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz.

Im Berichtszeitraum hat der Initiativausschuss

- die Veranstaltungsreihe „*Rassismus im Fokus*“ gemeinsam mit dem Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI) und der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (AGARP) sowie mit örtlichen Kooperationspartner*innen fortgesetzt:
 - Durchgeführt wurde - nach kurzfristiger Absage des ursprünglich geplanten Termins am 23. Januar 2024 aufgrund der Erkrankung der Referentin - der dritte Teil der Veranstaltungsreihe am 8. Mai 2024 in Koblenz. Er stand unter der Überschrift „*Über Rassismus reden: Wer spricht wie über Rassismus und wem wird zugehört?*“. Der Initiativausschuss hat an der inhaltlichen Vorbereitung der Veranstaltung am 8. Mai 2024 intensiv mitgearbeitet, im Rahmen der Veranstaltung mit der Veranstaltungsreferentin, der Journalistin Hadija Haruna-Oelker, ein ausführliches „*Podiumsgespräch*“ zum Thema „*Wie über Rassismus reden?*“ geführt und gemeinsam mit einer Kollegin der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (AGARP) die abschließende Plenumsdiskussion moderiert.
 - Inhaltlich und organisatorisch vorbereite wurde unter intensiver Beteiligung des Initiativausschusses im 4. Quartal 2024 zudem der vierte Teil der Veranstaltungsreihe, der unter der Überschrift „*Facetten und Gelingensfaktoren der Antirassismuserbeit*“ am 24. Januar 2025 in Trier stattgefunden hat;
- wie schon in den vergangenen Jahren bei haupt- oder ehrenamtlich im Handlungsfeld „*Asyl, Integration oder Migration*“ aktiven zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in Rheinland-Pfalz für die Mitwirkung an den von den Vereinten Nationen ausgerufenen

Internationalen Wochen gegen Rassismus (IWgR) geworben. Sie fanden 2024 zwischen dem 11. und dem 24. März statt und standen in Deutschland unter dem Motto „*Alle für die Menschenrechte – Menschenrechte für alle!*“. Der Initiativausschuss hat in seiner Informationsarbeit im Vorfeld der Aktionswochen auf sie hingewiesen, auf ihre Bedeutung angesichts des Erstarkens rechtsextremer und rassistischer Parteien und Bewegungen hingewiesen, zur Beteiligung aufgerufen, Akteur*innen bei der Vorbereitung, Durchführung und Bewerbung von Veranstaltungen oder Veranstaltungsreihen unterstützt und die Vielzahl der Aktivitäten in Rheinland-Pfalz zum Beginn der IWgR 2024 in einer Pressemitteilung am 11. März an Vertreter*innen der Medien herangetragen;

- anlässlich der *Internationalen Wochen gegen Rassismus 2024* am 12. März 2024 gemeinsam mit der Diakonie Hessen und der Stiftung gegen Rassismus die Print- und Online-Kampagne „*Noch kannst Du ...!*“ gestartet (siehe hierzu den Berichtspunkt „*Demokratiestärkung und Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz gegen Demokratiegefährdung*“);
- zum Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März 2024 unter der Überschrift „*Es gibt kein richtiges Leben im falschen: Demokratie braucht Menschenrechte!*“ eine presseöffentliche Erklärung abgegeben und sich ebenfalls am 21. März 2024 unter derselben Überschrift mit einem Redebeitrag an einer Kundgebung der Initiative „*Bildungswende jetzt! Rheinland-Pfalz*“ zum Internationalen Tag gegen Rassismus beteiligt. Der Redebeitrag wurde am 21. März 2024 nach Kenntnisstand des Initiativausschusses auch bei einer Kundgebung zum Internationalen Tag gegen Rassismus in Bad Kreuznach von den Initiator*innen - dem Netzwerk am Turm e.V. - verlesen.
- sich dem Südwestrundfunk Rheinland-Pfalz für ein Expert*innen-Interview zum Thema „*Was ist eigentlich Rassismus?*“ zur Verfügung gestellt. Das Interview wurde im Rahmen eines ausführlichen Themenbeitrags zum Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März 2024 in der „*SWR-RLP-Landesschau*“ ausgestrahlt und bei *swr-online* bereitgestellt. Die Gültigkeit des Links zu dem Sendebbeitrag ist zwischenzeitlich abgelaufen, so dass er Beitrag bedauerlicherweise nicht mehr erschlossen werden kann.

Gesellschaftliche Vielfalt sichtbar und als Bereicherung erfahrbar machen

In einer seit Jahrhunderten durch Migration geprägten Gesellschaft wie der rheinland-pfälzischen ist gesellschaftliche Vielfalt - unabhängig davon, ob sie von dem*der Einzelnen als bereichernd oder als belastend, als bereichernd oder bedrohlich wahrgenommen wird - der Regelfall. Diese gesellschaftliche Vielfalt sichtbar und weitgehend (als gewinnbringend) erfahrbar werden zu lassen, ist für den Initiativausschuss, der sich dem Grundgedanken des gleichberechtigten und solidarischen Zusammenlebens von Menschen mit und ohne Flucht- oder Migrationsbiografie verpflichtet sieht, seit seiner Gründung ein wichtiges Handlungsfeld.

Er agiert dabei in der Überzeugung, dass

- gesellschaftliche Vielfalt in Rheinland-Pfalz der gleichermaßen herausfordernde wie in der Regel gelingende und bereichernde Normalfall ist und
- es der Steigerung der Akzeptanz dieses „Normalfalles“ dient, ihn (a) zu beschreiben und (b) die Öffnung von Räumen der Begegnung für und den Dialog von Rheinland-Pfälzer*innen unterschiedlicher ethnischer Herkunft und kultureller oder religiöser Prägung zu fördern.

Im Berichtsjahr 2024 hat der Initiativausschuss deshalb

- in seiner regelmäßigen Informationsarbeit (siehe hierzu **unter dem Berichtspunkt „Multiplikator*innen-orientierte Informationsarbeit des Initiativausschusses“**) regelmäßig Daten, Fakten und Untersuchungen kommentierend und einordnend verbreitet, die das regelmäßige Gelingen und die verbleibenden Herausforderungen im Zusammenleben von Menschen mit und ohne Flucht- oder Migrationsbiografie in Rheinland-Pfalz abbilden;
- im Zusammenhang mit den Wahlen zu den kommunalen Beiräten für Migration und Integration deren wichtige Rolle als Botschafter*innen und Brückenbauer*innen zwischen der „neuheimischen“ und der „langheimischen“ Bevölkerung betont und ihre Funktion als Berater*innen von Politik, Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen im Hinblick auf die Ausgestaltung der rheinland-pfälzischen Vielfaltsgesellschaft deutlich gemacht (**siehe hierzu den Berichtspunkt „Wahlen zu den kommunalen Beiräten für Migration und Integration [BMI] in Rheinland-Pfalz am 10. November 2024“**);
- sich am 20. Februar 2024 gemeinsam u.a. mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der türkischen Gemeinde in Rheinland-Pfalz und dem Institut zur Förderung von Bildung und Integration (INBI) in einem *Offenen Brief* an die Ministerpräsidentin des Landes und die Abgeordneten im rheinland-pfälzischen Landtag gewandt und sie darum gebeten, sich weiterhin *„für den Schutz und die Förderung des herkunftssprachlichen Unterrichts in Rheinland-Pfalz einzusetzen, um die Vielfalt sprachlicher, kultureller und intellektueller Fähigkeiten aller Kinder als Bereicherung unserer demokratischen und auf Inklusion ausgerichteten vielfältigen Gesellschaft zu würdigen.“*
- am 6. Mai 2024 eine ausführliche kommentierende Zusammenfassung einer *„Sonderauswertung des Integrationsbarometers 2022 des Sachverständigenrates für Migration und Integration (SVR) - Integration in Rheinland-Pfalz“* vorgelegt und darin die aus seiner Sicht zentralen deskriptiven Befunde und die demzufolge verbleibenden Herausforderungen herausgearbeitet. Die Sonderauswertung kam u.a. zu folgenden Ergebnissen:
 - Das *„Integrationsklima“* - gemessen an einem vom SVR errechneten und in seiner Untersuchung erläuterten/definierten Indexwert - hat sich in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren stetig verbessert;
 - Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsbiografie haben in Rheinland-Pfalz ein überdurchschnittlich stark ausgeprägtes Zugehörigkeitsgefühl zu ihrem Wohnort;

- Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsbiografie haben in Rheinland-Pfalz ein grundsätzlich hohes Institutionenvertrauen;
- Diskriminierungserfahrungen bei Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsbiografie gehen in Rheinland-Pfalz leicht und im Vergleich der Bundesländer überdurchschnittlich stark zurück;
- In Rheinland-Pfalz ist Deutsch die Hauptsprache von Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsbiografie sowohl im Freundes- und Bekanntenkreis als auch bei der Medienutzung;
- Es gibt in Rheinland-Pfalz eine hohe Kontaktdichte von Menschen mit und ohne Flucht- oder Migrationsbiografie am Arbeitsplatz und zugleich eine deutlich geringere Kontaktdichte im Wohnumfeld;
- Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsbiografie sind ein Bollwerk gegen die Alterung der rheinland-pfälzischen Bevölkerung;
- Die politische Beteiligung von Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsbiografie geht in Rheinland-Pfalz stärker zurück als in anderen Bundesländern;
- am 4. Juni 2024 zu den Ergebnissen der „Sonderauswertung des Integrationsbarometers 2022 des Sachverständigenrates für Migration und Integration (SVR) - Integration in Rheinland-Pfalz“ sowie über die Ergebnisse einer am 16. Mai 2024 veröffentlichten repräsentativen Umfrage des Politmagazins „Zur Sache RLP“ u.a. zur Zufriedenheit der rheinland-pfälzischen Bevölkerung mit den Lebensverhältnissen in den Kommunen ein „Sonderplenum“ veranstaltet. Die 15 Teilnehmenden konnten sich dabei kurz vor dem Termin für die Europa- und Kommunalwahlen im Gespräch mit dem Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration, Herrn Miguel Vicente, zum aktuellen Stand der Integration und dem aktuellen Stimmungsbild in den rheinland-pfälzischen Kommunen sowie über die künftigen integrationspolitischen Herausforderungen auf kommunaler Ebene austauschen;
- wie schon in den vergangenen Jahren bei haupt- oder ehrenamtlich im Handlungsfeld „Asyl, Integration oder Migration“ aktiven zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in Rheinland-Pfalz für die Mitwirkung an den *Interkulturellen Wochen* geworben. Sie fanden 2024 zwischen dem 22. und 29. September statt und standen unter dem Motto „Neue Räume“. Der Initiativ Ausschuss hat in seiner Informationsarbeit im Vorfeld der Interkulturellen Woche auf sie hingewiesen, zur Beteiligung aufgerufen, Akteur*innen bei der Vorbereitung, Durchführung und Bewerbung von Veranstaltungen oder Veranstaltungsreihen unterstützt und am 22. September 2024 in einer Pressemitteilung zum Beginn der Interkulturellen Woche über die Vielzahl der Aktivitäten in Rheinland-Pfalz (mehr 320 Veranstaltungen in 17 Städten, Gemeinden und Landkreisen) informiert. Er hat sich zudem durch einen Vortrag zum Thema „Einbürgerung und politische Teilhabe von Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte – Wo stehen wir und wo müssen wir hin?“ am 26. September 2024 in Koblenz (siehe hierzu den Berichtspunkt „Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes und Einbürgerungspraxis in Rheinland-Pfalz“) aktiv an der Interkulturellen Woche 2024 beteiligt.

Demokratiestärkung und Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz gegen Demokratiegefährdung

Rechtsextremist*innen haben der gesellschaftlichen Vielfalt in Deutschland und in Rheinland-Pfalz den Kampf angesagt. Sie wollen „*deutsches Blut*“ oder ein eigenmächtig definiertes „*Wohlverhalten*“ an die Stelle der Staatsangehörigkeit und des Aufenthaltsrechtes setzen. Sie sind bereit und entschlossen, alles zu beseitigen, was ihnen dabei im Weg steht und unsere Demokratie ausmacht: die unabhängige Justiz, die kritische Zivilgesellschaft, die freie Presse, die Versammlungsfreiheit und das Demonstrationsrecht, das Recht auf Asyl, der Schutz von Minderheiten vor Rassismus und Diskriminierung und freie Wahlen. Alle diese demokratischen Rechte und Errungenschaften stünden auf dem Spiel, wenn Rechtsextremist*innen an die Macht kommen würden.

Ein durch die Recherche von Journalist*innen bekannt gewordenes Treffen, bei dem Ende 2023 in Potsdam eine Reihe von deutungsmächtigen und meinungsprägenden Personen mit nationalistischen, flüchtlings- und migrationsfeindlichen Haltungen zusammengekommen sind, die zum Teil im Bundestag vertretenen Parteien nahestehen oder angehören, und die dort u.a. mit dem österreichischen rechtsextremen Aktivist und Autoren Martin Sellner diskutierten Pläne zur „*Remigration*“ auch von rechtmäßig in Deutschland lebenden Bevölkerungsteilen, haben Anfang 2024 erneut, eindringlich und beispielhaft deutlich gemacht, wie groß die von „*Rechtsaußen*“ ausgehende Gefahr nicht nur für Teile der Bevölkerung, sondern weitergehend auch für demokratische Grundrechte für alle und für die Demokratie als Ganzes ist.

Für den Initiativausschuss stellte der Einsatz für die Stärkung der Demokratie und demokratische Grundrechte in Deutschland und in Rheinland-Pfalz sowie für den Erhalt und Ausbau der gesellschaftlichen Resilienz gegen Demokratiegefährdungen im Berichtszeitraum deshalb einen Arbeitsschwerpunkt dar. Er hat:

- am 24. Januar 2024 die „*Hachenburger Erklärung*“ unterzeichnet, in der sich örtliche, kommunale, regionale und landesweite Einrichtungen sowie Privatpersonen „*ausdrücklich zu den unveräußerlichen Menschenrechten, wie sie in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung festgehalten sind*“, bekennen und sich „*entschieden gegen Hass, Hetze und jedwede antidemokratischen und menschenverachtenden Bestrebungen*“ wehren. „*Wir dulden keine Handlungen, die der demokratischen Gesellschaftsordnung und ihren Werten ihre Legitimation absprechen oder nichts unversucht lassen, diese zu untergraben, und wenden uns mit aller Kraft gegen soziale Räume, die unserer Rechts- und Werteordnung entgegenstehen.*“ Der Initiativausschuss hat über seinen E-Mail-Verteiler zudem über seine Unterzeichnung der Erklärung informiert und seine Leser*innen dazu aufgerufen, sie als Einzelperson oder Einrichtung ebenfalls zu unterzeichnen.
- sich als einer der Erstunterzeichner*innen dem am 3. Februar 2024 veröffentlichten Aufruf der Kampagne „*Hand in Hand gegen Spaltung und für Demokratie*“ zu Eigen gemacht, der zwischenzeitlich von mehr als 2.000 zivilgesellschaftlichen Organisationen unterzeichnet wurde. Sie bekunden darin u.a. die Bereitschaft, für eine demokratische, plurale und solidarische Gesellschaft gemeinsam „*laut und aktiv*“ zu werden;

- anlässlich der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2024 am 12. März 2024 gemeinsam mit der Diakonie Hessen und der Stiftung gegen Rassismus die Print- und Online-Kampagne „*Noch kannst Du ...!*“ mit sieben Motiven/Slogans gestartet:

„Noch kannst Du ...

- *... für Deine Meinung auf die Straße gehen.*
- *... für Flüchtlinge und für ein offenes Europa eintreten.*
- *... Menschenrechte einklagen.*
- *... auf die Unabhängigkeit der Gerichte vertrauen.*
- *... anders sein und trotzdem gleichberechtigt.*
- *... in einer offenen Gesellschaft leben.*
- *... eine Regierung wählen oder auch abwählen.*

Aber wenn Rechtsaußen das Sagen hat, ist bald Schluss damit!“,

die sowohl online als Sharepics und als auch als gedruckte Plakate, Sticker und Abrissblöcke angeboten wurden. Die Initiator*innen stellen interessierten und aktionsbereiten „*Demokratieverteidiger*innen*“ mit der Kampagne Materialien zur Verfügung, mit denen sie über Social-Media und im öffentlichen Raum (z.B. bei Veranstaltungen) Spuren für die Menschenrechte und für alles andere hinterlassen konnten, was eine funktionierende Demokratie ausmacht und Rechtsaußen ein Dorn im Auge ist. Die Materialien und das Kampagnenstatement sind weiterhin online unter www.noch-kannst-du.de einzusehen und stehen dort weiterhin zum Download bereit.

- insbesondere im 1. Quartal 2024 in seiner Informationsarbeit regelmäßig Übersichten über Kundgebungen, Demonstrationen und Kulturveranstaltungen gegen Rechtsaußen und für Demokratie und Menschenrechte in Rheinland-Pfalz erarbeitet, über seine E-Mail-Verteiler bekannt gemacht und vielfach zur Beteiligung aufgerufen.
- sich im Rahmen seiner Mitgliedschaft beim „*Bündnis Demokratie gewinnt!*“ dessen Erklärung vom 11. März 2024 zu eigen gemacht und über seinen E-Mail-Verteiler und Social-Media-Kanäle weiterverbreitet. Darin begrüßen die Mitglieder des Bündnisses die friedlichen Demonstrationen „*in den vergangenen Wochen*“ in Rheinland-Pfalz, die sich „*gegen den erstarkenden Rechtsextremismus und die damit verbundene menschenverachtende Ideologie*“ richten und bekennen sie sich zum Einsatz „*für ein friedliches, ein offenes, ein solidarisches Rheinland-Pfalz, in dem Hass und Hetze, Ausgrenzung und Diskriminierung und völkisch-nationalistisches Gedankengut keinen Platz haben*“.
- zum Tag des Grundgesetzes am 23. Mai 2024 in Frankfurt am Main in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat RLP e.V., dem Hessischen Flüchtlingsrat, der Diakonie Hessen, der PARITÄT Hessen sowie der Stiftung gegen Rassismus und den Evangelischen Akademien Hofgeismar und Frankfurt am Main die Tagung „*75 Jahre Grundgesetz! Noch kannst Du ... Menschen- und Flüchtlingsrechte verteidigen!*“ veranstaltet. Die Leitung der Tagung, die mehr als 100 Teilnehmer*innen zu verzeichnen hatte, lag in den Händen der Diakonie Hessen und des Initiativ Ausschusses, der zudem für einen

Veranstaltungsworkshop zum Thema *„Situation und Gefährdung der kritischen Zivilgesellschaft“* inhaltlich verantwortlich zeichnete und ihn moderierte.

- zum 75. Geburtstag und zum Tag des Grundgesetzes am 23. Mai 2024 mit dem Flüchtlingsrat RLP e.V., dem Hessischen Flüchtlingsrat, der Diakonie Hessen, der PARITÄT Hessen sowie der Stiftung gegen Rassismus und PRO ASYL einen *„Aufruf zum Schutz von Menschenwürde und Asylrecht“* erarbeitet und veröffentlicht. Darin heißt es u.a.: *„Kurz vor dem 75. Geburtstag des Grundgesetzes erinnern wir daran, dass es Demokratie ohne die einklagbare Achtung und den einklagbaren Schutz der Menschenrechte nicht gibt. Dazu gehört das individuelle Grundrecht auf Asyl. (...) Das Bekenntnis zur Demokratie braucht das Bekenntnis zur Unteilbarkeit der Menschenwürde und zum Grundrecht auf Asyl! Dazu fordern wir die demokratischen Parteien vor der Wahl zum Europaparlament am 9. Juni 2024 eindringlich auf“*.
- am 5. September 2024 bei der Jahrestagung des Instituts für Sozialpädagogische Forschung Mainz (ism e.V.) zum Thema *„Wieviel soziale Phantasie braucht unsere demokratische Gesellschaft?“* in der Arbeitsgruppe *„Antidiskriminierung/Diversity“* eine mündliche Keynote zur Frage *„Die Zukunft der Demokratie: ‘Alles zu Ende!’ oder ‚Alles wird gut!’ ... oder beides?“* abgegeben und den Teilnehmer*innen anschließend als Gesprächs- und Diskussionspartner zur Verfügung gestanden.

Dialog mit den demokratischen Parteien in Deutschland/Rheinland-Pfalz: Für menschenrechtskonforme Positionen in ihren Grundsatzprogrammen und für die Beachtung der Flüchtlings- und Menschenrechte auch in der politischen Praxis

Ausgangspunkt der intensiven Bemühungen des Initiativausschusses insbesondere um den *„asylpolitischen Dialog“* mit den demokratischen Parteien ist die sichere Grundannahme, mit ihnen eine demokratische Grundüberzeugung zu teilen, die sich wie folgt zusammenfassen lässt: Politische Konzepte werden im demokratischen Rahmen ausgehandelt. Sie müssen sich der Meinungs- und Versammlungsfreiheit und damit der Kritik und dem Widerspruch aussetzen. Sie müssen sich der parlamentarischen Kontrolle und der Überprüfung durch unabhängige Gerichte unterwerfen und sie müssen sich in regelmäßigen Abständen in freien Wahlen zur Disposition stellen.

Gegebenenfalls auch kontroverser Dialog mit den demokratischen Parteien in Deutschland und in Rheinland-Pfalz und gegebenenfalls auch konstruktive Kritik an ihren Positionen und an ihrer politischen Praxis sind deshalb nach Überzeugung des Initiativausschusses Ausdruck geteilter demokratischer Werte und Überzeugungen, die es gegen rechtsextreme und andere Feinde der Demokratie zu verteidigen gilt.

Der Initiativausschuss hat deshalb im Berichtszeitraum

- bei allen demokratischen Fraktionen im rheinland-pfälzischen Landtag um einen Gesprächstermin zum Zweck des Austauschs über aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen im Bereich *„Asyl, Migration und Integration“* sowie über Fragen der Demokratiegefährdung durch den erstarkenden Rechtsextremismus bemüht. Die folgenden Gesprächstermine wurden realisiert:

- 22. April 2024: Gespräch mit Mitgliedern der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen (Fraktionsvorsitzende und Fachpolitiker*innen);
- 14. Mai 2024: Gespräch mit Mitgliedern der Landtagsfraktion der Christlich Demokratischen Union (Fraktionsvorsitzender und Fachpolitiker*innen);
- 11. Juni 2024: Gespräch mit Mitgliedern der Landtagsfraktion der Freien Demokratischen Partei (Fraktionsvorsitzender und Fachpolitiker*innen);
- Für Sommer/Herbst 2024 vorgesehene Gesprächstermine mit den Landtagsfraktionen der Sozialdemokratischen Partei und der FREIEN WÄHLER wurden seitens der beiden Fraktionen wegen Terminkollisionen kurzfristig abgesagt. Das Gespräch mit der SPD-Fraktion hat zwischenzeitlich Anfang 2025 stattgefunden, die Fraktion der FREIEN WÄHLER musste sich im Herbst 2024 auflösen und hat dem Initiativausschuss als „*Parlamentsgruppe*“ bisher keinen neuen Gesprächstermin angeboten;
- sich durch Kontaktaufnahme mit Mitgliedern und Funktionär*innen der CDU Deutschlands insbesondere aus Rheinland-Pfalz sowie durch öffentliche Veranstaltungen – leider erfolglos - darum bemüht, sich in den parteiinternen Diskussionen um den Entwurf für ein neues CDU-Grundsatzprogramm Gehör zu verschaffen und darauf hinzuwirken, dass insbesondere darin enthaltene Forderungen nach Abschaffung des individuellen Grundrechts auf Asyl, Auslagerung von Asylverfahren in Länder außerhalb der Europäischen Union und nach dem dauerhaften Verbleib von schutzberechtigten Personen in Nicht-EU-Staaten zu revidieren. Insbesondere die Forderung nach einem dauerhaften „*Betretensverbot*“ auch von Personen, denen außerhalb der EU eine Schutzberechtigung zuerkannt wurde, ging der Entwurf sogar über Positionen bzw. Forderungen der mindestens in Teilen gesichert rechtsextremistischen AfD hinaus. Der Initiativausschuss hat deshalb
 - gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat RLP e.V. am 13. Februar 2024 per Mail die Vorsitzenden der rheinland-pfälzischen Kreisverbände der CDU angeschrieben, ihnen ein „*Hintergrundpapier zum Grundsatzprogramm zum Themenbereich Asylpolitik*“ übermittelt und sie dazu aufgefordert, dem „*Entwurf in der derzeitigen Form nicht zuzustimmen und sich weiterhin für eine humanitäre Flüchtlingspolitik in Deutschland einzusetzen. Wir rufen Sie dazu auf, sich aktiv an Diskussionen zu beteiligen, Bedenken zu äußern und sicherzustellen, dass das neue Grundsatzprogramm klare Unterschiede zu extremistischen Positionen aufzeigt*“;
 - anlässlich der „*Grundsatzprogramm-Regionskonferenz*“ der CDU Deutschlands am 27. Februar 2024 in Mainz gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat RLP e.V. und dem Hessischen Flüchtlingsrat eine Kundgebung veranstaltet und an die teilnehmenden Mitglieder der Partei appelliert, sich im Rahmen der Debatte für eine Revision der asylpolitischen Programmatik im Grundsatzprogramm einzusetzen. Die drei Initiator*innen der Kundgebung hatten hierzu ein Flugblatt erarbeitet und vor Ort verteilt, in dem u.a. zitastützt deutlich gemacht wurde, dass sich führende Politikerinnen und Politiker der Christlich-Demokratischen Union zu allen Zeiten immer wieder klar und aus guten Gründen zum individuellen Flüchtlingsschutz bekannt haben. Sie haben sich zudem gemeinsam ebenfalls am 27. Februar 2024 in einer Pressemitteilung unter

der Überschrift *„Asylrecht verteidigen! Flüchtlingsorganisationen warnen vor Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl im Entwurf des neuen CDU-Grundsatzprogramms“* zu Wort gemeldet. Der Initiativausschuss hat sich zudem mit einem eigenen Redebeitrag an der Kundgebung beteiligt;

- auf Einladung der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen am 3. Juli 2024 als *„Vertreter*innen der Zivilgesellschaft im Bereich Flucht und Migration“* aktiv an einem *„Stakeholder-Treffen“* im Bundestag in Berlin teilgenommen. Ziel der Veranstaltung war es, Gespräche zwischen Abgeordneten und Zivilgesellschaft zu ermöglichen, eine Zwischenbilanz der - zu diesem Zeitpunkt scheinbar noch zwei Jahre laufenden - Legislaturperiode zu ziehen und Räume für das Netzwerken und zum Hinterlegen von Erwartungen zu eröffnen. Der Initiativausschuss hat im Rahmen des *„Stakeholder-Treffens“* insbesondere auf die Notwendigkeit der Umsetzung von zwei Vereinbarungen im Koalitionsvertrag hingewiesen, nämlich auf die menschenrechtlich gebotene Überarbeitung der Meldepflichten von Menschen ohne Papiere *„damit Kranke nicht davon abgehalten werden, sich behandeln zu lassen“* und die integrationspolitisch mit Blick z.B. auf die Herstellung von Aufenthaltssicherheit bei Erfüllung der sonstigen Voraussetzungen gebotene Schaffung einer gesetzlichen Regelung im Ausländerrecht, die Ausländer*innen - sofern andere Wege nicht verfügbar oder zumutbar sind - die Möglichkeit zur Klärung der Identität durch eine Versicherung an Eides einräumt;
- gemeinsam mit der Flüchtlingsrat RLP e.V. und dem Hessischen Flüchtlingsrat am 16. November 2024 anlässlich der Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen in Wiesbaden zu einer Kundgebung *„Menschenrechte sind nicht verhandelbar! Kein weiterer Ausverkauf des Flüchtlingsschutzes“* aufgerufen. Hintergrund der Kundgebung waren die letzten asylpolitischen Beschlüsse der *„Ampel“* auf Bundesebene (u.a. Leistungsausschluss für *„Dublin-Fälle“* und Verschärfungen bei Reisen von Schutzberechtigten in das Herkunftsland), denen weite Teile der Grünen Bundestagsfraktion trotz zu Protokoll gegebener menschenrechtlicher Bedenken zwecks *„Rettung der Koalition“* zugestimmt hatten. Die Bundesdelegiertenkonferenz war nach dem Scheitern der Ampelkoalition für die Initiator*innen der Kundgebung der Ort, dieses Verhalten zu kritisieren, eine menschenrechtsorientierte Neuausrichtung der Grünen Asyl- und Flüchtlingspolitik zu fordern und hierzu mit den Delegierten ins Gespräch zu gehen. Der Initiativausschuss hat sich an der Kundgebung auch mit einem eigenen Redebeitrag beteiligt.

Der Initiativausschuss war im Berichtsjahr 2024 im Lobbyregister des Deutschen Bundestages registriert.

Kontaktaufnahme, Austausch und Gespräche mit (Ressorts) der Landesregierung

Der Initiativausschuss entwickelt auf der Grundlage seiner Informationen, die er aus seiner Beratungs- und Vernetzungsarbeit generiert, asyl-, integrations- und migrationspolitische Positionen, Erwartungen und Initiativen, die er anlassbezogen und in regelmäßigen Gesprächen an die jeweils zuständigen Ressorts der Landesregierung oder an die Staatskanzlei heranträgt. Die regelmäßige Kontaktpflege dient dem Initiativausschuss gleichermaßen zur schnellen Klärung von insbesondere für die Beratungsarbeit relevanten Fragestellungen wie dazu, berechtigter Belange von Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiografie schnell und direkt an die

Exekutive herantragen und dort Empfehlungen hinterlegen zu können, wie diesen berechtigten Bedarfen entsprochen werden kann.

Im Berichtszeitraum hat der Initiativausschuss

- gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat RLP e.V. und der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland Pfalz dreimal (26. Januar 2024 | 15. April 2024 | 8. Juli 2024) mit der Leitung und dem Stab der Abteilung „Integration“ im MFFKI an einem Austausch zu aktuellen Fragen des Asyl- und Aufenthaltsrechtes teilgenommen. Ein weiteres, für den 13. Dezember 2024 geplantes digitales Treffen im Rahmen des regelmäßigen Austauschformates musste wegen technischer Probleme kurzfristig ausfallen;
- sich über postalische Anschreiben und E-Mails mehrfach mit Hinweisen, Bedenken und Nachfragen zur geplanten Einführung einer Bezahlkarte an die Staatskanzlei, das zuständige Landesministerium und das dort zuständige Referat gewandt (*siehe hierzu den Berichtspunkt „Stellungnahmen und Positionspapiere des Initiativausschusses zu asyl- und migrationspolitischen Gesetzentwürfen und Maßnahmenvorhaben in Rheinland-Pfalz“*);
- sich am 24. Januar 2024 gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat RLP e.V. und der Diakonie in Rheinland-Pfalz in einem Schreiben an Integrationsministerin Katharina Binz gewandt und sie angesichts der menschenrechtlichen Situation vor Ort um einen landesweiten Abschiebestopp für ausreisepflichtige irakische Staatsangehöriger in Rheinland-Pfalz, insbesondere für Angehörige der jesidischen Religionsgemeinschaft ersucht;
- sich am 14. Mai 2024 im Vorfeld der Frühjahrskonferenz der Innenminister*innen des Bundes und der Länder gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat RLP e.V. und der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz mit ähnlichem Anliegen in einem Schreiben an Innenminister Michael Ebling gewandt;
- am 4. Juni 2024 ein Plenumstreffen durchgeführt, bei dem der aktuelle Stand der Integration von Schutzsuchenden sowie das aktuelle Stimmungsbild in den rheinland-pfälzischen Kommunen und künftige integrationspolitische Herausforderungen auf kommunaler Ebene mit dem Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration, Herrn Miguel Vicente, erörtert und hierzu Empfehlungen bei ihm hinterlegt wurden (*siehe hierzu den Berichtspunkt „Gesellschaftliche Vielfalt sichtbar und als Bereicherung erfahrbar machen“*);
- sich am 4. Oktober 2024 in einem Schreiben an den neu gewählten Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz, Herrn Alexander Schweitzer, gewandt, ihm zu seinem neuem Amt gratuliert und ihn um einen Gesprächstermin ersucht, um sich mit ihm über die „großen Herausforderungen“ auszutauschen, „vor denen - auch in Rheinland-Pfalz - eine Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik steht, die berechnete Eigeninteressen, verfügbare Ressourcen und humanitäre Aspekte gleichermaßen berücksichtigt“. Ein Gesprächstermin konnte im Berichtsjahr nicht mehr realisiert werden;
- sich am 30. November 2024 im Vorfeld der Herbstkonferenz der Innenminister*innen des Bundes und der Länder gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat RLP e.V. und Diakonie in Rheinland-Pfalz in einem Schreiben an Innenminister Michael Ebling gewandt und darum gebeten, dass er sich im Rahmen der Konferenz für einen

menschenrechtskonformen Umgang mit ausreisepflichtigen Personen aus Kriegs- und Krisenstaaten, insbesondere aus dem Irak, aus Syrien und aus Afghanistan einzusetzen.

Schaffung von „Denkräumen“ für den zivilgesellschaftlichen Austausch und die kritische Reflektion aktueller politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen

Ausgangspunkt für die sogenannten „Denkräume“, die der Initiativausschuss im Jahr 2024 gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat RLP e.V. eingerichtet hat, waren die Europa- und Kommunalwahlen am 9. Juni 2024. Die „Denkräume“ sollten Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen in Rheinland-Pfalz die Möglichkeit geben, im geschützten Raum und ohne die Notwendigkeit der Herstellung von konsensualen und/oder veröffentlichungsfähigen Positionen

- über die aktuelle Situation (gesellschaftlicher und politischer Diskurs von Migrationsthemen) zu diskutieren und über Aktivitäten mit Blick auf die Europa- und Kommunalwahlen (inkl. Herstellung von Synergien) zu informieren und
- die Sprachfähigkeit zu einzelnen Themen herzustellen/zu verbessern, die im Wahlkampf voraussichtlich eine Rolle spielen und mit hoher Wahrscheinlichkeit zulasten der Betroffenen mit dem Themenfeld „*Asyl und Migration*“ verbunden werden würden.

Für jeden „Denkraum“ sollte deshalb ein Schwerpunktthema vereinbart werden, zu dem nach Möglichkeit ein*e (externe*r) Experte*in als Impulsgeber*in und Gesprächspartner*in gewonnen und ein allgemeiner Austausch zur aktuellen Situation und zu konkreten Maßnahmen bzw. Handlungsoptionen mit Blick auf den Wahlkampf und die Wahlen ermöglicht werden sollte.

25

Vor den Kommunal- und Europawahlen haben die folgenden drei „Denkräume“ stattgefunden:

- Am 14. Februar 2024 mit dem Schwerpunktthema „*Mangel an bezahlbarem Wohnraum und Überwindungsstrategien*“ mit 18 Teilnehmenden;
- Am 4. April 2024 mit dem Schwerpunktthema „*Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten*“ mit 19 Teilnehmenden;
- Am 7. Mai 2024 mit dem Schwerpunktthema „*Chancen und Grenzen zivilgesellschaftlichen Handelns*“ mit 18 Teilnehmenden.

Nachdem die Teilnehmer*innen den Wunsch nach Beibehaltung/Fortsetzung des „Denkraum“-Formates über den Wahltermin hinaus an die Initiator*innen herangetragen hatten, fand am 26. November 2024 ein weiteres Treffen zum Thema „*Das Ergebnis der Landtagswahlen in Thüringen und seine Folgen als Ausblick auf Demokratiegefährdungen auch in Rheinland-Pfalz*“ statt, an dem 17 Personen teilnahmen. Das Format wurde auch im Jahr 2025 fortgesetzt und ist mittlerweile etabliert.

Zusammenstellungen von (vergleichenden) Statistiken zur Fluchtaufnahme und zum Integrationsgeschehen in Rheinland-Pfalz

Der Initiativausschuss hatte jederzeit den Anspruch, gesellschaftliche und politische Debatten über die Aufnahme und Integration von Migrant*innen und Schutzsuchenden in Deutschland und in Rheinland-Pfalz zu versachlichen und damit einen Kontrapunkt in Diskussionen zu setzen, die zu oft von Behauptungen, Halbwahrheiten und „gefühlten Realitäten“ geprägt sind. Über die Erarbeitung vergleichender Statistiken, die in Hintergrundgesprächen mit Medienvertreter*innen zum Einsatz kamen oder über den E-Mail-Verteiler des Initiativausschusses verbreitet wurden, um Multiplikator*innen sprachfähig zu machen, ist der Initiativausschuss diesem Anspruch auch im Berichtsjahr 2024 gerecht geworden. Die Zusammenstellungen wurden in der Regel auf der Grundlage von Antworten der Bundes- oder der Landesregierung auf parlamentarischen Anfragen erarbeitet.

Erstellt und veröffentlicht wurden im Jahr 2024 die folgenden Zusammenstellungen:

- Bundesländervergleich „Abschiebungen im Jahr 2023“ - veröffentlicht am 11. März 2024;
- „Fakten statt Fake-News!“ zur „Asyldebatte“ im Wahlkampf für die Kommunal- und Europawahlen 2024. Themen: Handlungsmöglichkeiten der Politik gegen den Mangel an bezahlbarem Wohnraum, künftiger Einwanderungsbedarf, Aufnahme- und Anerkennungszahlen von Schutzsuchenden und Stand der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten in Deutschland und in Rheinland-Pfalz - veröffentlicht am 2. Mai 2024 (siehe unter Punkt „Europawahlen und Kommunalwahlen am 9. Juni 2024 in Rheinland-Pfalz“);
- „Sonderauswertung des Integrationsbarometers 2022 des Sachverständigenrates für Migration und Integration (SVR) - Integration in Rheinland-Pfalz: Zentrale Befunde aus der Sicht des Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz“ - veröffentlicht am 6. Mai 2024 (siehe hierzu den Berichtspunkt „Gesellschaftliche Vielfalt sichtbar und als Bereicherung erfahrbar machen“);
- Bundesländervergleich „Erteilte Aufenthaltserlaubnisse nach § 104c Absatz 1 AufenthG („Chancen-Aufenthalt“) zum 31. Mai 2024 – Verhältnis zwischen potentiell begünstigten Personen und erteilten Aufenthaltserlaubnissen“ - veröffentlicht im August 2024;
- Bundesländervergleich: „Abschiebungen und GARP/REAG-geförderte Ausreisen im 1. Halbjahr 2024“ - veröffentlicht am 18. September 2024;
- Vergleich „Asylentscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Jahr 2023 und im 1. Halbjahr 2024“ - veröffentlicht am 18. Juli 2024;
- Vergleich „IST-Zahlen schutzsuchender, schutzberechtigter und geduldeter Personen bundesweit und in Rheinland-Pfalz 2022 bis 2024 jeweils zum 30. Juni“ - veröffentlicht im Oktober 2024;
- Vergleich „Asylentscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge 01-10/2023 und 01-10/2024“ - veröffentlicht im November 2024.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Weitere Pressemitteilungen und öffentliche Erklärungen des Initiativausschusses

Der Initiativausschuss ist darum bemüht, sich mit fundierten und menschenrechtskonformen Positionen in die vielfach radikalen und stark polarisierten politischen und gesellschaftlichen Debatten um „*Migration nach Deutschland und Rheinland-Pfalz*“ und „*Integration in Deutschland und Rheinland-Pfalz*“ Gehör zu verschaffen und so zu deren Versachlichung beizutragen. Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Form von Pressemitteilungen und öffentlichen Erklärungen stellt für den Initiativausschuss deshalb seit vielen Jahren und auch im Jahr 2024 ein zentrales Handlungsfeld dar.

Eine Vielzahl der Pressemitteilungen und öffentlichen Erklärungen des Initiativausschusses im vergangenen Jahr wurden bereits in einem der vorangegangenen thematischen oder handlungsfeldbezogenen Kapitel dieses Arbeitsberichtes benannt, beschrieben und durch Anlagenbeifügung erschlossen. Es wird mit Blick auf den Umfang dieses Berichtes darauf verzichtet, Sie an dieser Stelle erneut aufzuführen.

Über diese Veröffentlichungen hinaus hat der Initiativausschuss im Berichtsjahr 2024 die folgenden Pressemitteilungen und öffentlichen Erklärungen abgegeben:

- Gemeinsame Pressemitteilung von Flüchtlingsrat RLP e.V. und Initiativausschuss vom 24. Februar 2024 anlässlich des 2. Jahrestages des Beginns des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine: „*Ukrainische Flüchtlinge brauchen auch weiterhin Schutz!*“;
- Pressemitteilung des Initiativausschuss vom 07. März 2024 zum Weltfrauentag am 8. März 2024: „*Weltfrauentag 2024: Der Kampf für Demokratie und Gleichberechtigung ist weiblich!*“;
- Offener Brief vom 19. Juni 2024 an den Bundeskanzler und die Ministerpräsident*innen der Länder, verfasst und getragen von 309 Organisationen der Asyl- und Migrationsarbeit auf Bundes- und Landesebene sowie in den Kommunen: „*Menschen schützen statt Asylverfahren auslagern!*“;
- Pressemitteilung des Initiativausschuss vom 19. Juni 2024 zum Weltflüchtlingstag am 20. Juni 2024: „*Treffen von Bundeskanzler und Ministerpräsident*innen am Weltflüchtlingstag: Über 300 Organisationen fordern: Menschen schützen statt Asylverfahren auslagern!*“;
- Erklärung des Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz zum Weltflüchtlingstag 2024 am 20. Juni 2024: „*Wir gedenken ...*“;
- Gemeinsame Pressemitteilung von Flüchtlingsrat RLP e.V., Diakonie in Rheinland-Pfalz und Initiativausschuss vom 02. Juli 2024: „*Nach Beschlüssen rheinland-pfälzischer Sozialgerichte: Organisationen begrüßen klarstellendes Rundschreiben des MFFKI zur verfassungskonformen Anwendung des AsylbLG in Rheinland-Pfalz*“;
- Gemeinsame Erklärung von Flüchtlingsrat RLP e.V., MediNetz Mainz und Initiativausschuss vom 30. August 2024 zur Beteiligung rheinland-pfälzischer Ausländerbehörden an einer Sammelabschiebung nach Afghanistan am gleichen Tag;

- Gemeinsame Erklärung von Flüchtlingsrat RLP e.V. und Initiativausschuss vom 9. Dezember 2024 anlässlich des Tags der Menschenrechte am 10. Dezember 2024. Darin betonen die herausgebenden Organisationen die Unveräußerlichkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte sowie die Unantastbarkeit der Menschenwürde und leiten hieraus Erwartungen an eine menschenrechtskonforme Asyl- und Migrationspolitik ab;
- Im Rahmen des von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) und dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) im Rahmen der Bildungsagenda NS-Unrecht geförderten Projekts „*Remapping Refugee Stories*“ der Universität Wien, das die Geschichten von 26 Menschen nacherzählt, die den Holocaust durch Flucht überlebt haben (siehe unter <https://refugee-stories.org>), wurden der Geschäftsführer und die rechtspolitische Referentin des Initiativausschusses in einem 45-minütigen „*Begleit-Podcast*“ zum Thema „*Flucht und Recht*“ interviewt. Der Podcast findet sich online unter <https://youtu.be/6td0mmWSObU>.

Multiplikator*innen-orientierte Informationsarbeit des Initiativausschusses

Die regelmäßige und umfassende Informationsarbeit insbesondere für Multiplikator*innen war auch im Jahr 2024 ein zentrales Handlungsfeld des Initiativausschusses. Neben der Verbreitung von auf Rheinland-Pfalz bezogenen oder für Rheinland-Pfalz relevanten Informationen über aktuelle Veranstaltungen, Entwicklungen, Erklärungen, Materialien, Kampagnen und Stellungnahmen staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteur*innen im Themenfeld „*Flucht, Asyl, Migration, Integration, Antirassismus und Antidiskriminierung*“ ist es dabei - um Rezipienten kompetent sprach- und handlungsfähig zu machen und in die Lage zu versetzen, vorurteilsbeladenen Positionen oder „*Fake-News*“ entgegenzutreten - von großer Bedeutung, diese Informationen kompetent und mit klarer menschenrechtsorientierter Haltung einzuordnen und zu kommentieren.

Im Berichtsjahr 2024 hat der Initiativausschuss deshalb

- über seinen ca. 500 Akteur*innen der Beratungs- und Unterstützungsarbeit in Rheinland-Pfalz umfassenden E-Mail-Verteiler tagesaktuell, regelmäßig und kommentierend über wichtige Fragen der Beratung, Begleitung und Unterstützung von Menschen mit Flucht- und Migrationsbiografie informiert. Ausgesendet wurden im Jahr 2024 ca. 175 i.d.R. ausführliche E-Mails zu aktuellen Informationen und Entwicklungen im Handlungsfeld „*Flucht, Asyl, Migration, Integration, Antirassismus und Antidiskriminierung*“.
- über seine Social-Media-Accounts („X“ mit zum Ende des 1. Halbjahres 2024 ca. 450 Follower*innen, „Bluesky“ mit derzeit ca. 120 Follower*innen und „Facebook“ mit derzeit ca. 175 Follower*innen) regelmäßig tagesaktuelle Informationen ausgesendet und sich an aktuellen politischen und gesellschaftlichen Debatten in seinen Handlungsfeldern beteiligt.

Aufgrund der zunehmend radikalisierten und vielfach rechtsextrem geprägten Diskurse auf der Plattform „X“ und der dort - mutmaßlich aufgrund veränderter Algorithmen - nur noch geringen Reichweite seiner Posts hat der Initiativausschuss sich im Sommer 2024 - nach intensiven internen Debatten sowie nach Beratung und fachlichem Austausch mit anderen von diesen Entwicklungen gleichermaßen betroffenen

zivilgesellschaftlichen Kräften - dazu entschlossen, seinen „X-Account“ nicht mehr zu bedienen. Er wird seitdem lediglich passiv weitergeführt, insbesondere um den Debattenverlauf zu für den Initiativausschuss relevanten Ereignissen und Entwicklungen auf „X“ auch weiterhin im Auge behalten zu können und um die in den vergangenen Jahren auf der Plattform hinterlassenen Spuren (Positionen, Informationen, Geschehenskommentierungen) nicht gänzlich zu tilgen, sondern für Interessierte weiterhin grundsätzlich zugänglich zu lassen

Veranstaltungen Dritter unter aktiver Beteiligung des Initiativausschusses

Für den Initiativausschuss ist die aktive inhaltliche Beteiligung an der Vorbereitung oder Durchführung von Veranstaltungen Dritter (z.B. durch die Übernahme von Redebeiträgen zur inhaltlichen Impulssetzungen) ein wichtiges Mittel, um seine Positionen und/oder seine Arbeit vor- und zur Diskussion zu stellen. Die aktive Beteiligung an solchen Veranstaltungen Dritter, an der in der Regel auch Personen teilnehmen, die der Initiativausschuss durch seine Informations-, Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit (noch) nicht erreicht, dient somit gleichermaßen der Reichweitenerhöhung und der kritischen Selbstreflektion.

Einige solcher Veranstaltungen Dritter, an denen der Initiativausschuss im vergangenen Jahr aktiv mitgewirkt hat, wurden bereits in einem der vorangegangenen thematischen oder handlungsfeldbezogenen Kapitel dieses Arbeitsberichtes benannt, beschrieben und durch Anlagenbeifügung erschlossen (siehe insbesondere unter den Berichtspunkten *„Rechtliche Beratung und Qualifizierung von haupt- und ehrenamtlichen Berater*innen und Unterstützer*innen von Betroffenen in der Asyl-, Migrations- und Integrationsarbeit“*, *„Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes und Einbürgerungspraxis in Rheinland-Pfalz“*, *„Sensibilisierungsangebote und Präventionsmaßnahmen des Initiativausschusses in der Arbeit gegen Rassismus“* und *„Demokratiestärkung und Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz gegen Demokratiegefährdung“*). Es wird mit Blick auf den Umfang dieses Berichtes darauf verzichtet, sie an dieser Stelle erneut aufzuführen.

Darüber hinaus hat der Initiativausschuss im Berichtsjahr 2024

- mehrfach zu Kundgebungen/Mahnwachen der Seebrücke Mainz anlässlich von Plenumssitzungen des Landtags Rheinland-Pfalz aufgerufen bzw. sich aktiv an diesen Kundgebungen beteiligt. Unter dem Motto *„Landesaufnahme jetzt!“* wurden die rheinland-pfälzischen Landtagsabgeordneten bei den Kundgebungen zur Umsetzung einer humanitär ausgerichteten Migrations- und Flüchtlingspolitik in Rheinland-Pfalz und insbesondere zur Schaffung sicherer und legaler Zugangswege für Schutzsuchende durch ein Landesaufnahmeprogramm aufgefordert. Im Berichtsjahr fanden Kundgebungen der Seebrücke Mainz unter Beteiligung des Initiativausschusses an folgenden Terminen statt:
 - 24. Januar 2024 (Helmut-Kohl-Platz in Mainz)
 - 21. Februar 2024 (Helmut-Kohl-Platz in Mainz)
 - 17. April 2024 (Helmut-Kohl-Platz in Mainz)
 - 18. September 2024 (Helmut-Kohl-Platz in Mainz)
 - 13. November 2024 (Helmut-Kohl-Platz in Mainz)

- 18. Dezember 2024 (Helmut-Kohl-Platz in Mainz).
- am 25. Mai 2025 einen Impulsbeitrag beim Vernetzungstreffen für Akteur*innen im Themenfeld „*Migration und Entwicklung*“ in Mainz geleistet. Das Treffen wurde ausgerichtet von der rheinland-pfälzischen „*Eine Welt-Fachpromotorin für Migration und entwicklungspolitische Bildung*“ bei der Ökumenischen Flüchtlingshilfe Oberstadt (ÖFO) e.V.. Gegenstand des frei gehaltenen Impulsbeitrags des Initiativausschusses waren die gesellschaftlichen und - insbesondere wegen der zeitlichen Nähe zu den Kommunal- und Europawahlen – (eingeschränkten) politischen Teilhabechancen und -rechte von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit und die Frage, wie deren Potentiale zur Gestaltung einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Gesellschaft und zur Abwehr von Demokratiegefährdungen eingebracht und genutzt werden können.
- sich am 15. Juni 2024 in Mainz an einer Veranstaltung des Evangelischen Dekanat Mainz im „Alten Dom“ der Stadt beteiligt. Aus Anlass des Weltflüchtlingstages am 20. Juni 2024 wurden dabei unter der Überschrift „*Beim Namen nennen*“ die Namen von geflüchteten Menschen verlesen, die ihre Suche nach Schutz und Sicherheit mit dem Leben bezahlen mussten und zumeist auf hoher See ertrunken sind. Ihrer zu gedenken und darauf aufmerksam zu machen, dass diese Menschen nicht hätten streben müssen, wenn Wege geöffnet statt Mauern errichtet würden, war das Ziel der Veranstaltung. Der Initiativausschuss hat im Rahmen der Veranstaltung die Namen von Geflüchteten verlesen, deren Tod auf der Flucht dokumentiert werden konnte und hat den Teilnehmer*innen der Veranstaltung über diese Menschen, ihre Fluchtmotive und Hoffnungen und über die Umstände informiert, unter denen sie sterben mussten.
- an den Planungen und dem Aufruf für den „*Marche des parapluies*“ des Flüchtlingsrat RLP e.V. in Mainz am 20. Juni 2024 anlässlich des Weltflüchtlingstages mitgewirkt. Der „Marsch der Regenschirme“ stand unter dem Motto „*Schutz für Alle! – Denn Menschsein heißt menschlich sein*“.
- am 30. Oktober 2024 auf Einladung einer privaten „*Politischer Salon-Runde*“ in freiem Vortrag mit anschließendem Gespräch über „*Aktuelle Herausforderungen der Asyl- und Migrationspolitik auf europäischer, deutscher und rheinland-pfälzischer Ebene*“ informiert und die Arbeit des Initiativausschusses vorgestellt. Der „Salon“ bzw. der Teilnehmer*innenkreis des Treffens am 30. Oktober 2024 setzt(e) sich weitestgehend aus bereits aus dem Arbeitsleben ausgeschiedenen langjährigen Mitgliedern von *terre des hommes* zusammen, die im Mainzer Stadtteil Gonsenheim leben und regelmäßig zu Gesprächen über aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen zusammenkommen.
- am 7. Dezember 2024 auf Einladung der Stadtverwaltung Ingelheim an der „*30+ 15! - Jubiläumsfeier des Beirates für Migration und Integration und der Stabsstelle für Vielfalt und Chancengleichheit der Stadt Ingelheim am Rhein*“ teilgenommen. Er wurde als langjähriger Wegbegleiter und externer, weil landesweiter Beobachter im Rahmen der Veranstaltung an einen auf der Bühne aufgebauten Geburtstagstisch gebeten, wo er als einer von ca. 10 „Tischgästen“ von den Moderator*innen der Veranstaltung zu seinen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der Stabsstelle der Stadt und dem kommunalen

Beirat für Migration und Integration sowie zur Einschätzung der vor Ort geleisteten Integrationsarbeit befragt wurde.

- am 17. Dezember 2024 im Rahmen eines Seminars zur *„Sozialen Arbeit in der Migrationsgesellschaft“* an der Hochschule Koblenz auf Einladung von Prof. Dr. Stephan Bundschuh die Seminarteilnehmer*innen in freier Rede über die aktuelle asyl- und migrationspolitische Situation in Rheinland-Pfalz aus der Sicht des Initiativ Ausschusses und seine Arbeit informiert und sich anschließend als Gesprächspartner zur Verfügung gestellt.

Vernetzungsarbeit des Initiativ Ausschusses

Die Vernetzung der in Rheinland-Pfalz im Handlungsfeld *„Asyl, Migration, Integration und Antirassismus-Arbeit“* aktiven Initiativen, Einrichtungen, Verbände und Einzelpersonen leistet der Initiativ Ausschuss nicht nur über die Aussendung und Verbreitung aktueller Informationen (siehe hierzu den Berichtspunkt *„Multiplikator*innenorientierte Informationsarbeit des Initiativ Ausschusses“*) und die Durchführung bzw. Mitwirkung von Veranstaltungen (siehe hierzu insbesondere die Berichtspunkte *„Demokratiestärkung und Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz gegen Demokratiegefährdung“*, *„Sensibilisierungsangebote und Präventionsmaßnahmen des Initiativ Ausschusses in der Arbeit gegen Rassismus“*, *„Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes und Einbürgerungspraxis in Rheinland-Pfalz“* und *„Veranstaltungen Dritter unter aktiver Beteiligung des Initiativ Ausschusses“*), sondern darüber hinaus auch durch weitere Aktivitäten und Maßnahmen.

Im Einzelnen fanden im Berichtsjahr diesbezüglich:

- drei jeweils zweistündige Plenumstreffen des Initiativ Ausschusses statt, in denen aktuelle politische Entwicklungen besprochen und Informationen zu Aktivitäten vor Ort ausgetauscht wurden:
 - Plenum am 28. Februar 2024 in Mainz. Themen waren neben einem Bericht der Geschäftsstelle zu Arbeitsschwerpunkten und aktuellen Entwicklungen u.a. die Kommunal- und Europawahlen 2024 am 9. Juni 2024 (*„Gefahren und Gegenstrategien“*) sowie die Sprachmittlung im sozialen Raum (*„Warum ist sie wichtig? – Wo stehen wir in Rheinland-Pfalz? – Was bleibt zu tun?“*). Zum letztgenannten Programmpunkt referierten Mitarbeitende des Projektes *„Haus der Sprachmittlung“* in Mainz;
 - Plenum am 4. Juni 2024 in Mainz zu den Ergebnissen der *„Sonderauswertung des Integrationsbarometers 2022 des Sachverständigenrates für Migration und Integration (SVR) - Integration in Rheinland-Pfalz“* sowie über die Ergebnisse einer am 16. Mai 2024 veröffentlichten repräsentativen Umfrage des Politmagazins *„Zur Sache RLP“* u.a. zur Zufriedenheit der rheinland-pfälzischen Bevölkerung mit den Lebensverhältnissen in den Kommunen (siehe hierzu unter dem Berichtspunkt *„Gesellschaftliche Vielfalt sichtbar und als Bereicherung erfahrbar machen“*);
 - Plenum am 19. November 2024 in Mainz. Thema war neben einem Bericht der Geschäftsstelle zu Arbeitsschwerpunkten und aktuellen Entwicklungen insbesondere ein Gesprächsimpuls von Pfarrer Andreas Lipsch (Interkultureller Beauftragter der Ev.

Kirche in Hessen und Nassau) zu „*Freizügigkeit als Alternative zu Nationalismus und Grenzregimen*“ und eine ausführliche Anschlussdiskussion.

- in Mainz regelmäßige Sitzungen des Sprecher*innenkreises des Initiativausschusses statt. Sie gewährleisteten zwischen den Plenumssitzungen den Informationsfluss zu allen Mitgliedern des Netzwerks. Dem Sprecher*innenkreis gehörten im Berichtszeitraum elf Personen an, die haupt- oder ehrenamtlich in der kommunalen Verwaltung oder in zivilgesellschaftlichen Einrichtungen aktiv sind. Der Sprecher*innenkreis bereitet die Treffen des Plenums inhaltlich vor und nach. Gemeinsam mit der Geschäftsstelle erarbeitet und konzeptioniert er Grundsatzpapiere, Stellungnahmen und Maßnahmenvorhaben des Initiativausschusses. Außerdem vertritt er den Initiativausschuss in Gremien und bei gemeinsamen Aktionen in Bündnissen. Er sieht eine weitere Aufgabe darin, die im Austausch des Netzwerks gewonnenen Erkenntnisse gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit engagiert und kompetent zu vertreten. Im Berichtszeitraum 2024 haben insgesamt sechs zweistündige Präsenztreffen des Sprecher*innenkreises stattgefunden. Termine waren: 31. Januar 2024, 19. März 2024, 14. Mai 2024, 29. August 2024, 9. Oktober 2024 und 14. November 2024.
- regelmäßige Treffen mit dem Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V., der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz (AGARP), der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, der Diakonie in Rheinland-Pfalz, der Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz, dem Deutschen Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz/Saarland, der Stiftung gegen Rassismus, PRO ASYL und anderen NRO statt. Sie bildeten die Grundlage für ein koordiniertes Vorgehen zu einzelnen, gemeinsam als wichtig erachteten, migrations- und integrationspolitischen Themen, das sich im Berichtsjahr 2024 u.a. in den zuvor geschilderten (gemeinsamen) Maßnahmen niederschlugen hat.

Gremienarbeit des Initiativausschusses

Der Initiativausschuss arbeitet auf Landes- und auf Bundesebene in zahlreichen Gremien mit, um seinen Anliegen - Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der in Rheinland-Pfalz bzw. in Deutschland lebenden Migrant*innen und Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte sowie das solidarische Zusammenleben von einheimischer Mehrheitsgesellschaft und eingewanderten Minderheiten - Gehör zu verschaffen, die Aufnahmegesellschaft hierfür zu sensibilisieren und politische Entscheidungen in diesem Sinne zu befördern. Im Berichtszeitraum 2024 hat er u.a. in folgenden Gremien regelmäßig mitgearbeitet:

- **Beirat für den „Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“:** Der rheinland-pfälzische „*Landesaktionsplan gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (LAPgR-GMF)*“ wurde 2019/2020 gemeinsam von der Landesregierung und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen aus Rheinland-Pfalz erarbeitet. Er will Maßnahmen ermöglichen, anbahnen und fördern, die demokratiefeindlichen Ideologien, Einstellungen und Handlungen widersprechen, ihrer Verbreitung entgegenwirken und Betroffene unterstützen und stärken. Der Geschäftsführer des Initiativausschusses ist berufenes Mitglied des Beirates des LAPgR-GMF und hat am 4. November 2024 in Mainz aktiv an der jährlichen Sitzung des Beirates;

- **Bündnis „Demokratie gewinnt!“:** Der Initiativausschuss ist Mitglied des von ca. 140 Mitgliedern 2017 von der seinerzeitigen Ministerpräsidentin Malu Dreyer gegründeten Bündnisses, das der Vernetzung und Kooperation zur Stärkung der Demokratie in Rheinland-Pfalz dient. Der Geschäftsführer des Initiativausschusses hat am 11. März 2024 aktiv am Jahrestreffen des Bündnisses teilgenommen und in diesem Rahmen auch ein Videostatement zum Thema „Was bedeutet mir/uns Demokratie?“ abgegeben (abrufbar unter <https://demokratie-gewinnt.rlp.de/starkestimmen>). Der Initiativausschuss hat sich zudem die Erklärung des Bündnisses ebenfalls vom 11. März 2024 zu eigen gemacht und über seinen E-Mail-Verteiler und Social-Media-Kanäle weiterverbreitet (siehe hierzu unter dem Berichtspunkt „*Demokratiestärkung und Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz gegen Demokratiegefährdung*“);
- **„Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Rheinland-Pfalz“:** In dem 2018 ins Leben gerufenen Landesnetzwerk arbeiten Verbände, Organisationen und Zusammenschlüsse aller gesellschaftlichen Bereiche sowie Kirchen, Kommunen und Unternehmen aus Rheinland-Pfalz zusammen und tauschen sich regelmäßig mit der Landesregierung über Bedarfe und Schwerpunkte der künftigen Förderung des (ehrenamtlichen) Engagements aus. Der Initiativausschuss ist Mitglied des 2018 gegründeten Netzwerks. Sein Geschäftsführer hat am 19. Juni 2024 in Mainz aktiv an der jährlichen Sitzung des Landesnetzwerkes teilgenommen;
- **Steuerungsgruppe „Wahlen zu den kommunalen Beiräten für Migration und Integration“ beim Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration:** Der Geschäftsführer des Initiativausschusses hat im Berichtszeitraum aktiv an drei Sitzungen des Gremiums teilgenommen (siehe hierzu unter dem Berichtspunkt „*Wahlen zu den kommunalen Beiräten für Migration und Integration [BMI] in Rheinland-Pfalz am 10. November 2024*“);
- **Beratendes Gremium der rheinland-pfälzischen „Eine Welt-Fachpromotorin für Migration und entwicklungspolitische Bildung“:** Der Geschäftsführer des Initiativausschusses ist seit 2023 berufenes Mitglied des beratenden Gremiums der rheinland-pfälzischen „Eine Welt-Fachpromotorin für Migration und entwicklungspolitische Bildung“. Er hat in dieser Funktion am 25. Mai 2024 in Mainz aktiv an einer Sitzung des Berater*innenkreises teilgenommen und dabei einen Impulsbeitrag zum Thema „*Gesellschaftliche und politische Teilhabechancen und -rechte von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit und ihr Potential im Einsatz für den Erhalt unserer Demokratie*“ abgegeben (siehe hierzu unter dem Berichtspunkt „*Veranstaltungen Dritter unter aktiver Beteiligung des Initiativausschusses*“);
- **Beirat des „Dr. Ines-Welge-Stiftungsfonds Flucht“ unter dem Dach der Stiftung „Diakonie Hessen“:** Der Geschäftsführer des Initiativausschusses wurde Ende 2024 zum Mitglied des Beirates des „Dr. Ines-Welge-Stiftungsfonds Flucht“ berufen. Der Fonds wurde kurz zuvor ins Leben gerufen, um Menschen zu unterstützen, die politisch, rassistisch oder religiös verfolgt werden und deshalb fliehen müssen (siehe zu den Förderschwerpunkten unter <https://sinn-stiften.de/stiftungen/dr-ines-welge-stiftungsfonds-flucht>). Im Berichtsjahr hat der Geschäftsführer des Initiativausschusses an der konstituierenden Sitzung des Beirates am 20. September 2024 teilgenommen.

- **„Runder Tisch Islam Rheinland-Pfalz“:** Der „Runde Tisch Islam“ wird vom Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration koordiniert und kommt in der Regel einmal pro Quartal zusammen. Der Initiativausschuss wird als Gast zu den Treffen eingeladen. Aus Termingründen war ihm im Berichtsjahr keine Teilnahme möglich. Der Initiativausschuss hat die Arbeit des Gremiums 2024 dennoch durch Rezeption der Protokolle und Korrespondenzen sowie durch bilaterale Gespräche mit einzelnen Mitgliedern des Runden Tisches und dem (Arbeitsstab des) Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration aktiv begleitet.
- **„Netz gegen Rassismus – für gleiche Rechte“:** Das „Netz gegen Rassismus – für gleiche Rechte“ ist ein durch den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) koordiniertes zivilgesellschaftliches Gremium auf Bundesebene, das jährlich drei- bis viermal zusammenkommt. Der Initiativausschuss ist ständiges Mitglied. Im Berichtsjahr 2024 war ihm terminbedingt keine Teilnahme möglich. Der Initiativausschuss hat im Netzwerk im Jahr 2024 dennoch insbesondere durch die Beteiligung an Diskussionen und der Erarbeitung von Positionierungen immer wieder aktiv teilgenommen.
- **„Landesbeirat für Migration und Integration (LBMI)“:** Im Berichtszeitraum wurde der Initiativausschuss von seinem Geschäftsführer und stellvertretend von seiner rechtspolitischen Referentin im Landesbeirat für Migration und Integration (LBMI) vertreten. Das von der Landesregierung initiierte und koordinierte Gremium will Migrant*innen, ihre Organisationen und weitere Nichtregierungsorganisationen in die Ausgestaltung der Integrationspolitik der Landesregierung einbinden. Dem LBMI gehören neben den integrationsrelevanten Ressorts der Landesregierung u.a. die Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Nichtregierungsorganisationen, Migrant*innen(selbst)organisationen sowie Vertretungen der Wissenschaft, der Kommunalpolitik und der Sozialpartner*innen an.

Im Berichtszeitraum fanden zu nachfolgenden Terminen in Präsenz und in Mainz vier i.d.R. zweistündige Sitzungen des Landesbeirats für Migration und Integration statt, an deren Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung sich der Initiativausschuss wie folgt beschrieben aktiv beteiligt hat:

- Donnerstag, 29. Februar 2024: Im Rahmen der Sitzung, die sich dem Themenschwerpunkt der Integration von Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiografie in den Arbeitsmarkt widmete, präsentierte unter dem regelmäßigen Tagesordnungspunkt „Projekte stellen sich vor“ u.a. das „Antidiskriminierungsbüro des Netzwerks diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz“ seine Arbeit (siehe hierzu den Berichtspunkt „Aktivitäten im Rahmen des Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz e.V.“). Zudem wurde bei der Sitzung auf Antrag u.a. des Initiativausschusses eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die für den LBMI einen Aufruf zur Kommunal- und Europawahl erarbeitete, der am 23. Mai 2024 veröffentlicht wurde. Der Initiativausschuss gehörte dieser Arbeitsgruppe an (siehe hierzu unter dem Berichtspunkt „Europawahlen und Kommunalwahlen am 9. Juni 2024 in Rheinland-Pfalz“).
- Donnerstag, 6. Juni 2024: Im Rahmen der Sitzung, die einen Schwerpunkt auf die Lebenssituation von Menschen mit und ohne Flucht- oder Migrationsbiografie in rheinland-pfälzischen Kommunen legte, bilanzierte der Geschäftsführer des Initiativausschusses die Arbeit der LBMI-Arbeitsgruppe zu den Kommunal- und Europawahlen

und die öffentlichen Reaktionen auf den am 23. Mai 2024 veröffentlichten Wahlauf-
ruf des Landesbeirates;

- Donnerstag, 5. September 2024: Im Rahmen der Sitzung wurde auf Antrag u.a. des Initiativ Ausschusses ausführlich das Thema *„Wege aus der Duldung in ein gesichertes Bleiberecht - Möglichkeiten, Grenzen und erforderliche Rahmenbedingungen“* erör-
tert. Hierzu informierte das Projekt *„BuP - Bleiberecht und Perspektiven“* beim Flücht-
lingsrat Rheinland-Pfalz e.V. über die Ergebnisse seiner bisherigen Arbeit und stellten
Akteur*innen wie z.B. die Bundesagentur für Arbeit und die Kammern ihr Engage-
ment in der Integration von Geduldeten in den Arbeitsmarkt dar. Zudem wurde über
den stand der Vorbereitungen der Wahlen zu den kommunalen Beiträten für Migra-
tion und Integration informiert und ein Wahlauf ruf des LBMI hierzu beschlossen
(siehe hierzu unter dem Berichtspunkt *„Wahlen zu den kommunalen Beiräten für
Migration und Integration [BMI] in Rheinland-Pfalz am 10. November 2024“*);
- Donnerstag, 5. Dezember 2024: Im Rahmen der Sitzung beteiligte sich der Initiativ-
ausschuss aktiv an der Bilanzierung der Arbeit des Gremiums im Jahr 2024 sowie an
der Diskussion zur Themensetzung für die vier Sitzungen im Jahr 2025 und dabei ins-
besondere an der Aussprache über das Thema der inhaltlichen Schwerpunktsitzung
im September 2025.

**Aktivitäten des Initiativ Ausschusses im Rahmen seiner Mitgliedschaft im
Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz (NdRLP) e.V.**

Der Initiativ Ausschuss war auch im Berichtsjahr 2024 Mitglied des *„Netzwerk diskriminierungs-
freies Rheinland-Pfalz (NdRLP) e.V.“* und durch seinen Geschäftsführer im Vorstand des Verei-
nes (geteilter Vorsitz zwischen dem Geschäftsführer des Initiativ Ausschusses und dem Spre-
cher von Queer-Net RLP, Herrn Joachim Schulte) vertreten.

Das NdRLP e.V. ist ein Zusammenschluss von rheinland-pfälzischen Nichtregierungsorganisa-
tionen (NRO) und Initiativen, die sich als Interessensvertretung von Betroffenen Gruppen in der
Antidiskriminierungsarbeit engagieren. Es setzt sich für das diskriminierungsfreie, gleichbe-
rechtigte und selbstbestimmte Zusammenleben unabhängig von einer körperlichen oder geis-
tigen Beeinträchtigung, vom Alter, von der ethnischen Herkunft, der Religionszugehörigkeit,
vom Geschlecht oder von der sexuellen Identität oder Orientierung in Rheinland-Pfalz ein. Es
leistet Informations-, Sensibilisierungs- und Bildungsarbeit zur Steigerung der Akzeptanz für
gesellschaftliche Vielfalt, bietet seine Expertise bei der Entwicklung und Umsetzung von Kon-
zepten zum Abbau von Diskriminierungsrisiken z.B. in Betrieben und Bildungseinrichtungen
ein und unterstützt, empowert und berät Personen und Gruppen, die von Diskriminierung und
Ausgrenzung betroffen sind und die hierunter leiden und/oder sich hiergegen zur Wehr setzen
möchten.

Mit finanzieller Förderung durch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS-Bund) im
Rahmen der Förderrichtlinie *„respekt*land“* und ergänzend durch die Landesantidiskriminie-
rungsstelle Rheinland-Pfalz im Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration führt
das NdRLP e.V. seit Anfang 2023 das auf drei Jahre befristete Projekte *„Antidiskriminierungs-
büro Rheinland-Pfalz“* durch, das u.a. von Diskriminierung betroffene Personen in Rheinland-

Pfalz - derzeit noch mit dem regionalen Schwerpunkt auf der Region „Mainz – Rheinhessen – Nahe“ begleitet, unterstützt und berät.

Wichtiger Hinweis: Auch im Berichtszeitraum 2024 gab es keine finanziellen oder sonstigen Zuführungen von Mitteln und Ressourcen vom NdRLP e.V. bzw. dem „Antidiskriminierungsbüro Rheinland-Pfalz“ in Trägerschaft des NdRLP e.V. an den Initiativ Ausschuss bzw. den „Verein zur Förderung der interkulturellen Arbeit in RLP e.V.“.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten des NdRLP e.V., die auch im Berichtsjahr 2024 unter maßgeblicher Beteiligung des Geschäftsführers des Initiativ Ausschusses in seiner Funktion als Ko-Vorsitzender stattfanden, lag auf der Durchführung, inhaltlichen Weiterentwicklung und strukturellen Absicherung des „Antidiskriminierungsbüro Rheinland-Pfalz“ beim NdRLP e.V. Dabei hat der Geschäftsführer des Initiativ Ausschusses (regelmäßig in seiner Doppelfunktion als Geschäftsführer einer Mitgliedsorganisation und als einer von zwei Vorsitzenden des NdRLP e.V.) u.a.

- an der inhaltlichen Vorbereitung und Durchführung eines zweitägigen Workshops des NdRLP e.V. zum Thema „Intersektional und flächendeckend – Erwartungen und Strategien beim Auf- und Ausbau von Beratungsstrukturen in der Antidiskriminierungsarbeit in Rheinland-Pfalz“ am 18. und 19. Januar 2024 in Bingen am Rhein mitgewirkt;
- an der Erarbeitung einer Konzeptskizze „Aufbau und Etablierung einer Struktur der Antidiskriminierungs-Beratung in der Pfalz“, die den Weg zu einem kompetenten und leicht zugänglichen Beratungs- und Unterstützungsangebot in der Pfalz beschreibt, an das sich Menschen wenden können, die Diskriminierung erfahren haben. Die Konzeptskizze wurde im Mai 2024 gemeinsam mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband RLP (VDSR – LV RLP) nach einem Gespräch mit dem Oberbürgermeister der Stadt Landau, Herrn Dominik Geißler, erarbeitet und im weiteren Verlauf des Berichtsjahres verschiedenen Verantwortlichen aus pfälzischen Landkreisen, kreisfreien Städten und sonstigen Kommunen vorgestellt und diskutiert.
- regelmäßige Planungs- Austausch- und Auswertungsgespräche mit dem Leiter und den weiteren Mitarbeiter*innen des Projekts geführt und in diesem Rahmen sowohl die Jahresantragsstellung und Erfüllung von Berichtspflichten als auch die – wegen der langfristigen Erkrankung einer Projektmitarbeiterin in 2024 erforderlich gewordenen - Neueinstellungen und Projektverlaufsanpassungen begleitet;
- regelmäßige Austauschgespräche über den Verlauf des Projekts mit der zuständigen Abteilungsleitung im Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration Rheinland-Pfalz und der Leiterin der Landesantidiskriminierungsstelle Rheinland-Pfalz geführt;
- das Netzwerk als Projektträger und das Projekt u.a. bei den folgenden Veranstaltungen Dritter auf Bundes- oder Landesebene vertreten:
 - Vorstellung der gemeinsamen Publikation „Fokus: Antiziganismus in Rheinland-Pfalz 2022-2023“ der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus Rheinland-Pfalz (MIA-RLP) und der Melde- und Dokumentationsstelle für menschenfeindliche Vorfälle in Rheinland-Pfalz – m*power am 14. Juni 2024 in Mainz;

- Bundesweites Austausch- und Vernetzungstreffen der „*respekt*land*“-Projekte am 3. Juni 2024 in Göttingen;
- Filmabend des Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband RLP (VDSR – LV RLP) zum Thema "Antiziganismus" am 25. Oktober 2024 in Mainz.

In seiner Funktion als Vorsitzender des NdRLP e.V. hat der hat Geschäftsführer des Initiativ-ausschusses im Berichtszeitraum unabhängig von dem Projekt „*Antidiskriminierungsbüro Rheinland-Pfalz*“

- mit seinen Vorstandskolleg*innen in einer „*Ideenskizze*“ mögliche „*Wege zur Erarbeitung und Umsetzung einer „Strategie ‚Diskriminierungsfreies RLP‘*“ aufgezeigt, die derzeit intern und mit externen Akteur*innen weiter beraten wird;
- an der organisatorischen und inhaltlichen Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von vier Sitzungen des Vereinsvorstands, drei Austauschtreffen der Mitgliedsorganisationen sowie der Jahres-Mitgliederversammlung am 3. Dezember 2024 in Mainz aktiv mitgewirkt.

Personalausstattung und Zuwender*innen im Berichtszeitraum

Die Arbeit des Initiativausschusses wurde im Berichtsjahr 2024 hauptsächlich durch die institutionelle Förderung seines Trägervereins durch das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration des Landes Rheinland-Pfalz ermöglicht.

Neben Honorareinnahmen, Mitgliedsbeiträgen und Spenden erhielt der Initiativausschuss im Berichtsjahr zudem weitere Zuwendungen von

- der Diakonie Hessen;
- der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau;
- dem Bistum Mainz;
- dem Caritasverband der Diözese Trier;
- der Lotto-Stiftung Rheinland-Pfalz,

ohne die seine Arbeit für Solidarität und Gleichberechtigung in diesem Umfang nicht möglich wäre.

In der Geschäftsstelle waren im Berichtszeitraum Torsten Jäger (Geschäftsführer) sowie Ann-Christin Bölter (rechtspolitische Referentin) mit je einer vollen Stelle beschäftigt.

Der Initiativausschusses bedankt sich bei allen Mitgliedern des „Vereins zur Förderung der interkulturellen Arbeit in Rheinland-Pfalz e.V.“ sowie bei allen Spender*innen und Zuwender*innen für ihre Unterstützung seiner Arbeit im Jahr 2024.

38

Der Geschäftsführer des Initiativausschusses bedankt sich darüber hinaus

- bei allen Mitgliedern des Sprecher*innenkreises und Kooperationspartner*innen des Initiativausschusses - insbesondere bei der langjährigen und Ende 2024 in den Ruhestand ausgeschiedenen Geschäftsführerin des Flüchtlingsrat RLP e.V., Pierrette Onanogolo - für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit sowie
- insbesondere bei der rechtspolitischen Referentin des Initiativausschusses für ihre langjährig und andauernd in herausragendem Maße engagierte und kompetente Mitarbeit.

Mainz, den 08. August 2025

gez.:

Torsten Jäger, Geschäftsführer